

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 P., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 15. Juni 1895.

Inserate die viergespaltene Weltzeile oder deren Raum 20 P. Revision und Expedition: H. H. H. H., Belgenstraße 12.

Zur Lage der Metallarbeiter in Bayern.

Von Adolf Müller (München).

Gering ist das sozialpolitische Verständnis der bayerischen Regierung. Fast widerwillig — wie es scheint — und deshalb leidend und hinkend folgte das aus alten Bureaukraten bestehende bayerische Ministerium dem Beispiel anderer Bundesstaaten mit Verfügungen für die Errichtung von Gewerbeämtern und Arbeitsämtern. In der Hauptstadt des Landes ist soeben erst ein Arbeitsamt zu Stande gekommen, das — warum sollten die kleinen Rückwärts besser sein als die großen? — einen unbrauchbaren „Streitparagrafen“ und einen elenden Wahlmodus in seinem Statut aufweist. Unrühmlich ungründlich war bisher auch die Fabrikinspektion, und die Jahresberichte der Aufsichtsbeamten wimmeln von Gemeinplätzen, allgemeinen Nebenarten und von Aufzählungen höchst fragwürdiger Wohlfahrtsleistungen. Dabei sind die Aufsichtsbeamten nicht einmal unklug, im Gegentheil, aus einzelnen Beobachtungen ging hervor, daß sie, wenn es darauf ankam, tüchtig zu beobachten vermochten. Allein sie sind abhängige Beamte des Ministers des Innern, des faßsam bekannten Herrn von Felsky, dessen sozialpolitisches Verständnis sich in herjentigen Interpretation des Vereinsgesetzes äußert, den Arbeiter auch um die spärlichen Reste seiner deutschen Konstitutionsfreiheit bringt. Es ist darüber ja schon ausführlicher an dieser Stelle gesprochen worden. Die Einzelberichte der Kreisaufsichtsbeamten werden im Ministerium des Innern zusammengestellt, und was da von Beobachtungen, die etwa geeignet sein mochten, das satte Philistertum aus seiner süßen Nüße zu scheuchen, vorhanden war, das fiel alljährlich so regelmäßig in den Papierkorb, daß schließlich der Beamte seine Aufzeichnungen schon vor der peinlichen Zensur zu feilschieren mußte.

Das gefiel dem Unternehmertum natürlich über die Maßen und es zeigte sich sehr enttäuscht, als Arbeiterfreunde trogalleben aus den spärlichen Aufzeichnungen der Fabrikinspektion und in Verbindung mit den ebenfalls vom Ministerium des Innern herausgegebenen Berichten der Sanitätsverwaltung deutliches Beweismaterial für die elende Lage der arbeitenden Klassen in „gemäßigten“ Bayern herbeizuschaffen wußten. Erst jüngst beim Durchblättern des Jahrgangs 1888 eines „liberal“-gouvernementalen bayerischen Tagblattes glitt mir eine Besprechung von Schulants trefflicher Arbeit „Zur Lage der arbeitenden Klasse in Bayern“ (Nürnberg, Wörlein & Cie., 1887) in die Hand, welche Gift und Galle spie über — „die Unvorsichtigkeit der Aufsichtsbeamten, welche durch eine wenig glückliche Ausdrucksweise berufsmäßigen Hebern auch noch Material verschaffen“ (!).

Allein die fortgeschrittene Erkenntnis des werththätigen Volkes sorgte dafür, daß

unterdessen eine Anzahl seiner Vertreter in die bayerische Abgeordnetenkammer geschickt wurde. Und diese Vertreter wußten auch bereits in der ersten Session ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß trotz feilsch-polizeilichem Widerstreben die Erhebungen der bayerischen Fabrikinspektion gründlicher und „unvorsichtiger“ d. h. wahrheitsgemäßer zur Publikation gelangen. Die vorliegenden Berichte über das Jahr 1894 weisen die Spuren dieser Kritik unserer Freunde im bayerischen Landtag auf. Sie sind gewiß nicht weniger wie vollkommen, sie versuchen immer noch, mit Nebenarten um die Thatsachen herumzugehen, wie die Räte um den heißen Brei, allein sie sind ausführlicher wie früher und sagen nun doch Milderheit, das auch gewisse, in Politgeist und Unternehmertum erstarrte „Ordnung“ zum Denken anregen könnte. —

Versuchen wir nun zunächst auf Grund der Zahlenangaben der letztjährigen Berichte einen Ueberblick über das ganze Gebiet der der Inspektion unterstellten Betriebe und ihrer Arbeiter zu gewinnen. (Es sei hier voraus bemerkt, daß die hierfür verwandten Zahlen noch durchaus lückenhaft sind und speziell bei den Handwerksbetrieben*) und ihren Arbeitern auf ungenauen Angaben beruhen. Eine reguläre Arbeiterzählung zu verlangen, wie sie in anderen Bundesstaaten bereits besteht, das wird noch Aufgabe unserer, der bayerischen Volksvertretung angehörenden, Freunde sein.)

Das Bild sämtlicher zur Zeit der Aufsicht unterstellten gewerblichen Anlagen und der darin beschäftigten Arbeiter präsentiert sich dann wie folgt:

Table with 4 columns: Bezirk, Fabriken, Handwerksbetriebe, Gesamtarbeiter. Rows include Oberbayern, Niederbayern, Pfalz, etc.

* Diese Statistik gründet sich bis jetzt lediglich „auf die von den Bezirksverwaltungsbehörden geführten, häufig mangelhaften Verzeichnisse unfallversicherungspflichtiger und aller seiner Betriebe, welche zwischen 5 und 10 Arbeiter beschäftigen, sowie auf die Ergebnisse der Revisionstätigkeit der Beamten, und es muß besonders bemerkt werden, daß demnach ein großer Theil der revisionspflichtigen Handwerksbetriebe (mit Ausnahme des Aufsichtsbereiches Pfalz) in den Katastern noch nicht enthalten ist.“ (S. XI der Einleitung zu den bayr. Berichten der Fabrikinspektoren.)

Zuverlässige Vergleiche zwischen den Ziffern dieses und des vorhergehenden Jahres lassen sich nicht anstellen und allgemein wäre noch zu bemerken, daß die Fabriken eine um 4,9 Proz. höhere Arbeiterzahl aufweisen als 1893. Dieser Vermehrung (in absoluten Ziffern 11404) steht aber außerdem eine Vermehrung der Betriebe um mehr wie 7 Proz. gegenüber, so daß in Wirklichkeit von einer relativen Mehrung der Arbeiterzahl nicht gesprochen werden kann.

Lassen wir nun aus den Gesamtübersichten der Einzelberichte die Ziffern der uns zunächst interessierenden Gruppen V und VI der Gewerbeartikell heraus. (Diese Gruppen umfassen: 1. V. Metallverarbeitung a. Edle Metalle, b. unedle Metalle, c. Eisen und Stahl. 2. VI. Maschinen, Werkzeuge, Instrumente, Apparate.) Die nachstehende Tabelle gibt uns dann eine Uebersicht über in diesen Gruppen vorhandenen Betriebe und der darin beschäftigten Arbeiter nach Groß- und Kleinbetrieben, nach Geschlecht der Arbeiter und nach den Kreisen ausgetheilt.

Table with 4 main columns: Fabriken, Handwerksbetriebe, Stämmliche Betriebe, Gesamtarbeiter. Sub-columns for counts and gender breakdown.

Den gewerkschaftlichen Ortsvereinen werden die Zahlen für die einzelnen Kreise zweifellos willkommen sein, sie ersieht daraus die ungefähre Größe der ihnen noch bleibenden Organisationsarbeit. Nicht interessant ist auch eine kurze Betrachtung der Gesamtziffern: Die Zahl der sämtlichen Anlagen beträgt 5197, also etwas weniger wie 1/7 aller Betriebe des Königreichs, dagegen die Zahl der

Fabrikanlagen nur ungefähr 1/10. In den Fabriken sind 43400 Arbeiter beschäftigt, auf eine Fabrikanlage kommen durchschnittlich zirka 53 Arbeiter. Unter den zirka 4236 Handwerksbetrieben sind nur 624 mit über 5 Gehilfen, im Ganzen verbrauchen die Handwerksbetriebe etwa 15684 Arbeiter, das macht pro Betrieb durchschnittlich noch nicht einmal 4 Arbeiter. Insgesamt sehen wir in unseren Gruppen 51259 männliche und 7984 weibliche Arbeiter, zusammen also 59243, gleich fast einem Fünftel sämtlicher von den Inspektionsberichten aufgeführten Arbeiter des Königreichs.

An den diesjährigen Revisionen sind die Betriebe der Gruppen V und VI wie folgt beteiligt:

Table with 3 columns: Kreis, Betriebe, Gesamtarbeiter. Rows include Oberbayern, Niederbayern, Pfalz, etc.

Demnach scheinen hier zumelst die Großbetriebe an der Revision beteiligt gewesen zu sein, da die Arbeiterzahl der revidierten Betriebe ungefähr 2/3 der Gesamtarbeiter unserer Gruppen ausmacht. Von den Gesamteinrichtungen kamen aber kaum 1/6 zur Revision, gerade die Handwerksbetriebe, in denen, wie wir im Verlauf sehen werden, ganz abscheuliche Zustände herrschen, gelangen dem Aufsehen nach nur zum geringsten Theil zur Inspektion. Die Vermehrung des Aufsichtspersonals muß daher dringend gefordert werden.

„Die Arbeiterbevölkerung — dahin werden alle Wahrnehmungen zusammenzufassen sein — kämpft unter schwierigen, durch theilweise Ungunst der Geschäftslage verschärften Bedingungen um ihre Existenz.“ So spricht sich der Aufsichtsbeamte für Oberbayern in seiner Einleitung, in der die Wahrnehmungen aus den einzelnen Kreisen zusammengefaßt sind, aus. Galt bayerisch-bureaokratisch war der gute Herr, nachdem er diesen Satz niedergeschrieben hatte, ob der in ihm enthaltenen unerbüllten Konstatation in fürchterlicher Angst gerathen, und um die Wirkung der festgelegten Thatsache abzuschwächen, fügte er beruhigend hinzu: „Doch weist ihr (der Arbeiterbevölkerung) gegenwärtiger Zustand nicht auf einen Rückschritt, sondern im Gegentheil auf eine, wenn auch langsame soziale Besserung hin.“

Ist dies schon Tollheit, hat es doch Methode. Und zwar echt bayerisch-bureaokratisch-polizeilich-kapitalistische Methode! Die Unternehmerrpresse, die „Augsburger Abendzeitung“ an der Spitze, beilte sich daher auch, diese tömische Verneinung einer im Vorderatz unumwunden zugestanden Thatsache gesperkt zu drucken. Zur noch besseren Verhütung doch ohnehin nicht sonderlich empfindlicher Kapitalistengewissen. (Fortsetzung folgt.)

Ueber den Maximalarbeitstag
und einige hierauf bezügliche Dinge macht Privatdozent Dr. J. Jastrow in der Sozialen Praxis eine Reihe meist zu treffender Bemerkungen, von denen einiges der Heraushebung recht würdig ist.

In den Erörterungen über den Achtstundentag, schreibt derselbe, ist in den letzten Jahren eine merkbare Wandlung eingetreten. Während früher die Frage nur unter dem Gesichtspunkte des Arbeiterinteresses besprochen wurde, haben neuerdings mehrere Unternehmer den Achtstundentag im eigenen Interesse eingeführt. Wenn es wahr ist, daß die verkürzte Arbeitszeit erhöhte Frische und im ganzen unverminderte Leistung bewirkt, so bedeutet sie für den Unternehmer eine erhebliche Ersparnis an Generalkosten für Beleuchtung, Maschinenheizung u. a. m. Der Achtstundentag der Berliner Salostofffabrik von Freese hat in dieser Beziehung schon einigermaßen Schule gemacht. Nicht nur aus Deutschland und aus Oesterreich werden ähnliche Erfahrungen berichtet. Selbst in Rußland hat die fürstliche Pasterische Papierfabrik in Dobrobusch (Gouv. Mohilew) das Experiment auf rein wirtschaftlich-rechnerischer Grundlage durchgeführt und dabei ihr Interesse gut gewahrt befunden. Hierdurch haben die alten theoretischen Gründe, welche in jeder Maßregel für die Gesundheit der Arbeiter eine Förderung der Volksgesundheit und also schließlich eine Förderung des Gesamtinteresses erblickten, eine erhöhte Bedeutung und unmittelbare Anwendung auf den verkürzten Arbeitstag erhalten. Die neuesten physiologischen Untersuchungen über Wesen und Wirkung der Ermüdung haben den Nachweis geführt, daß ein Mensch, der etwa das Doppelte einer gewissen normalen Anstrengung geleistet hat, nicht bloß die doppelte, sondern die vierfache Müdigkeit braucht, wenn der erlittene Kräfteverlust ordnungsmäßig ausgeglichen werden soll. Die physiologische Feststellung, daß bei allzu langer Arbeitszeit die notwendigen Ruhe im quadratischen Verhältnis wächst, bringt die Vergütung an Arbeitskraft, die mit der mißbräuchlich langen Arbeitszeit zum Schaden des Nationalwohlstandes getrieben wird, sozusagen auf eine mathematische Formel. Alle diese Vorgänge, von den nüchternen Berechnungen einzelner Unternehmer bis zu den rein wissenschaftlichen Forschungen, haben gemeinsam dazu beigetragen, den Bestrebungen auf Verkürzung der Arbeitszeit einen mehr praktischen Charakter zu geben. Ganz unabhängig davon, ob man die Regelung des Wirtschaftslebens von oben herab oder das sogenannte freie Spiel der Kräfte zum Programm erhebt, ist heute in der Arbeitszeitverkürzung ein Glied einer großen Kultur-entwicklung zu erblicken, welche an Stelle eines überflüssigen und schädlichen, vielfach nur gewohnheitsmäßig fortgeschleppten Druckes für breite Massen der Bevölkerung eine arbeitsfreie Zeit zum Genuße der Arbeitsfrüchte einführen will.

In der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit sind wir im Deutschen Reich hinter Australien, der Schweiz, Oesterreich u. a. zurückgeblieben. Immerhin darf nicht übersehen werden, daß auch bei uns der Maximalarbeitstag eine bereits gesetzlich zu Recht bestehende Einrichtung ist. Er besteht in Gestalt eines zehnstündigen Arbeitstages für die jugendlichen Arbeiter (zwischen 14 und 16 Jahren), in Gestalt eines elfstündigen Arbeitstages für erwachsene Arbeiterinnen und endlich in Gestalt eines verwaltungsmäßig festzusetzenden Maximalarbeitstages für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird. Soll der Maximalarbeitstag für jugendliche und für weib-

liche Arbeiter auch dahin wirken, daß seine Dauer im Wege der Gewöhnung als die normale Fabrikarbeitszeit überhaupt sich feststellt, so muß die Dauer dieser beiden Maximalarbeitstage gleich bemessen sein. Bestimmt man jugendlichen Arbeitern zehn, den weiblichen elf Stunden als Arbeitszeit, so steht das fast so aus, als ob man es nur ja verhindern wollte, daß irgend eine auch noch so beschuldete Forderung der Maximalarbeitszeit sich zahlen- und gewohnheitsmäßig festsetze. Ferner muß der Begriff des jugendlichen Arbeiters mindestens bis zum vollendeten sechzehnten Lebensjahre ausgedehnt werden, schon damit die landesübliche dreijährige Lehrzeit ganz unter der Herrschaft eines Maximalarbeitstages stehe. Wenn für sämtliche weiblichen Arbeiter und für die jugendlichen in der bezeichneten weiteren Ausdehnung ein gleichmäßiger zehnstündiger Arbeitstag eingeführt wird, so ist damit einer großen Reihe von Fabrikationszweigen die Müdigung auferlegt, sich auf diesen Maximalarbeitstag allgemein einzurichten und auch die männlichen Arbeiter nicht länger in den Fabriken zu halten. Diese Einheitlichkeit hätte aber die allergrößte praktische Bedeutung, um das völlig Zwecklose Übertrieben langer Arbeitszeiten den Unternehmern selbst vor Augen zu stellen und in dem zehnstündigen Maximalarbeitstage die universelle Grundlage für eine weitere angemessene Herabsetzung der Arbeitszeit zu schaffen. Jeder ernstliche Versuch, den § 120 der Gewerbeordnung (Maximalarbeitstag bei gesundheitsgefährlichen Betrieben) wissenschaftlich durchzuführen, wird zu der Erkenntnis drängen, daß es überhaupt keine menschliche Tätigkeit gibt, bei welcher nicht die Uebertreibung der Arbeitszeit schließlich einmal eine Gefährdung der Gesundheit bewirkt. Der § 120 hat aber nicht die Bedeutung, daß dem Bundesrathe damit eine Vollmacht gegeben wird, von der er nach Belieben Gebrauch machen kann oder nicht; der Paragraph bedeutet, daß es zu den pflichtmäßigen Obliegenheiten des Bundesrathes gehört, alle Gewerbe daraufhin zu untersuchen, ob in ihnen für die Bestimmung einer Maximalarbeitszeit ein praktischer Anlaß vorliegt oder nicht.

Dies drängt mit Nothwendigkeit auf eine umfassende und unparteiliche Enquete über die bestehende Arbeitszeit in allen Gewerben hin. Eine solche Enquete müßte nicht nur Arbeitnehmer und Arbeitgeber direkt vernehmen, sie müßte auch mit dem Recht ausgestattet sein, die Vernehmung zugegen zu gestalten und bei widersprechenden Aussagen ein kontradiktorisches Verfahren eintreten zu lassen; sie dürfte auch nicht auf die Vernehmung geladener Personen beschränkt bleiben, sondern Jedermann müßte das Recht haben, auf seine Meldung hin eidlich vernommen zu werden. Es müßten nicht bloß die mißbräuchlich langen Arbeitszeiten ermittelt werden, sondern ganz ebenso die normalen, sowie die besonders kurzen Arbeitszeiten und die mit der Verkürzung gemachten Erfahrungen. Aber das Verhalten im Reichstage zu solcher Enquete macht den Eindruck, daß ein diesbezügliches Verlangen zwar durchgesetzt wird, wenn es dazu dienen kann, das unangenehme Thema eine Zeit lang los zu werden, daß man aber vor der Enquete sich fürchtet, wenn ihr Erfolg etwa der sein könnte, die Nothwendigkeit gesetzgeberischer Maßnahmen darzutun.

Ebenfalls in der Soz. Praxis hatte Dr. Oldenberg, ein Mitarbeiter, die Arbeiter in der gleichen Frage ungeschickt angerempelt, wenn auch seine Rüge der Sucht mancher Arbeiter nach Ueberstunden oder Nebenarbeit nicht ganz unverbunden ist, er übersteht nur, daß sie

dem geringen Lohne für die reguläre Beschäftigung entspringt. Dr. Jastrow führt ihn elegant ab:

Wenn Oldenberg darüber klagt, daß in Arbeiterkreisen ein Meinungssterrorismus gelbt werde, welcher es verhindere, daß die Arbeiter, die eine längere Arbeitszeit wünschen, sich zur Geltung bringen, so ist die Thatsache, daß in Arbeiterkreisen Meinungssterrorismus gelbt wird, zweifellos richtig. Aber ebenso zweifellos richtig ist es, daß der Meinungssterrorismus bei uns in allen Kreisen gelbt wird. Die Frage, ob der Wahlungsstreb unter den Arbeitern zu- oder abgenommen hat, wird beantwortet durch eine in der Literaturgeschichte aller Völker und Zeiten geradezu einzig dastehende Tagesliteratur, welche ausschließlich von Arbeitern gelesen wird. Allerdings wenn man die Beschäftigung mit den Angelegenheiten des Vaterlandes für eine würdige Ausfüllung der Wochentage nur dann gelten läßt, so lange sie mit der eignen Ansicht halbwegs übereinstimmt, andernfalls sie aber für häßlichen Zeitvertreib hält, so gelangt man allmählich zu der Anschauung, welche Stieba in dem Artikel „Normalarbeitstag“ des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften sehr hübsch zusammenfaßt, indem er von denen spricht, welche befürchten, daß an Stelle der erhofften wohlthätigen Wirkung bloß ein größerer Haug „zu Lustbarkeiten aller Art, zum Aufenthalt in Aneipen und auf Tanzböden, zum Besuche sozialdemokratischer Versammlungen usw.“ sich zeigen werde.

Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Theilnahme der Massen an den Segnungen der Kultur. Die Einföhrung der Sabbathruhe im Alten Testamente hat Leopold v. Ranke als eine Art Sklavenemanzipation gefeiert. Sie hat zuerst der damaligen Arbeiterwelt einen Tag gegeben, welcher kraft staatsrechtlicher Zwanges nicht der Herrschaft gehörte und ihr auch nicht dienstbar gemacht werden durfte. In höherem Maßstabe daselbe Problem ist es, wenn jetzt nicht in wöchentlicher, sondern in täglicher Wiederkehr dem Arbeitenden eine Zeit gewährt werden soll, in welcher seine Kraft nicht einem Herrn und nicht einem Verufe gehört, sondern dem ruhigen und würdigen Genuße gewidmet ist.

Die Arbeitsvermittlung und die Streiks.

Dem Jahresbericht des Zentralvereins für Arbeitsnachweis zu Berlin ist ein Gutachten über die Organisation des gesammten Arbeitsnachweiswesens angehängt. Dieses Gutachten hat in ähnlicher Form dem Magistrat und dem Stadtoberordneten-Kollegium vorgelegen, und diese beiden Behörden haben in Uebereinstimmung damit den Antrag auf Errichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises abgelehnt und gleichzeitig beschlossen, statt dessen den Zentralverein zu unterstützen. Es wurde ihm eine einmalige Beihilfe von 15000 Mk. gewährt und die jährliche etatsmäßige Hilfe von 3000 auf 5000 Mk. erhöht.

Vorherhand ist nicht daran zu denken, daß ein zentraler Arbeitsnachweis in Berlin organisiert wird, der den Wünschen und Bedürfnissen der Arbeiter mehr Rechnung trägt, als das in dem Bureau des Vereins geschieht.

Dem völligen Ausbau der Gewerkschaftsvereine bis zur Organisation einer Zentral-Arbeitsvermittlung der Gewerkschaften steht unser Vereinsgesetz entgegen, und das Unternehmerinteresse, das in unseren städtischen Körperschaften treffliche Schutzmauern besitzt, wird sich noch lange dagegen zu sichern wissen, daß Berlin ein Institut nach dem Muster der Pariser Arbeitsbörse erhält.

Von den vorhandenen Zentral-Arbeitsnachweisen in verschiedenen Städten des In- und Auslandes unterscheidet sich insbesondere die Organisation des Berliner Vereins keineswegs so ungunstig zu ihrem Vortheil, so daß sich noch Vieles an ihr bessern ließe. Sie hat mit vielen städtischen und privaten Arbeitsnachweisen das gemein, daß die Leitung in die Hände eines Ausschusses oder Vorstandes gelegt wird, in dem eine gleiche Zahl von Arbeitern und Unternehmern durch die Gewerbevereins-Wahlberechtigten, außerdem aber noch einige sogenannte Unparteiliche, je nachdem durch den Verein oder den Magistrat gewählt werden. Für den Berliner Verein ist in dem revidirten Statut als Leiter des Arbeitsnachweises ein Ausschuss von je zehn solcher „Arbeitnehmer“ und „Arbeitgeber“ und drei „Unparteiliche“ vorgesehen. Die Unparteilichen stellt der Vorstand des Vereins. Der Verein selbst, der von seinen Mitgliedern einen Jahresbeitrag von mindestens 4 Mk. fordert, ist aber mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen aus Leuten zusammengesetzt, die aus Unternehmungskreisen hervorgegangen sind oder ihnen nahe stehen. Von vornherein ist deshalb die Annahme berechtigt, daß die sogenannten Unparteilichen eher den Unternehmerinteressen als den Arbeiterinteressen zuneigen werden. Dabei ist es allerdings vollkommen glaubhaft, daß die gegenwärtigen Unparteilichen sich bemühen, beiden Theilen gerecht zu werden.

Eine Stelle des vom Vereinsvorsitzenden verfaßten Gutachtens spricht aber nicht dafür, daß er sich bereits zu einem hinreichenden Verständniß der Arbeitskämpfe durchgerungen hat. In Ausführung der an sich richtigen Ansicht, daß bei Arbeitsausständen der Zentral-Arbeitsnachweis eine unparteiliche Haltung bewahren müsse, wird da nämlich gesagt:

„Die Einstellung der Thätigkeit des Arbeitsnachweises für die im Ausstand befindliche Branche wäre keine unparteiliche Maßregel, sondern würde sich gegen die Arbeitgeber richten. Der Arbeitsnachweis muß während des Ausstandes ruhig weiter funktionieren und nach wie vor Angebot und Nachfrage entgegennehmen; wenn sich die Arbeiter der betreffenden Branche während des Ausstandes vom Arbeitsnachweis fernhalten, hört von selbst die Vermittelungsthätigkeit auf.“

Das kann doch nur Eindruck machen auf Leute, die von den Zuständen auf dem Arbeitsmarkt keine Ahnung haben. Wann hätte es je an dem Angebote von gelernten und ungelernten Streikbrechern aus der hungernden Reservearmee der Arbeit gemanipelt? Die Voraussetzung des Herrn Freund, unter der „von selbst die Vermittelungsthätigkeit aufhören“ soll, trifft eben unter unseren heutigen Verhältnissen nie zu. Thatsächlich würde bei der geplanten Praxis sein Bureau ein Stellbureau für alle Streikbrecher, Schwarzbeine oder ihresgleichen werden. Dieser Einfluß haben sich selbst nicht einmal andere aus bürgerlichen Kreisen hervorgegangene Arbeitsbureaus verschlossen. So bestimmt das Statut des seit 1889 bestehenden öffentlichen Arbeitsnachweises des Kantons Basel-Stadt:

§ 7. Bei Arbeitseinstellungen kann die Anstalt ihre Thätigkeit für das betreffende Gewerbe oder den betreffenden Werkplatz sofort und bis zur definitiven Erledigung des Streiks unterbrechen. Eine solche Beschlusfassung unterliegt der Genehmigung des Regierungsraths.

Und in dem Statut des städtischen Arbeitsnachweises für die Stadt München heißt es:

§ 11. Bei Arbeitseinstellungen und Arbeiteraussperrungen hat die Kommission, sobald sie zu ihrer Kenntniß gelangen, den Theilnehmenden eine kurz bemessene Frist vorzusetzen, binnen welcher dieselben das Eintigungsamt

des **Gewerbegerichts** anzurufen haben. Wenn letzteres nicht geschieht oder ein **Schlechtspruch** nicht zu Stande kommt, oder wenn sich die **Beihelligten** dem **Schlechtspruch** nicht unterwerfen, hat die **Kommission** darüber **Beschluß** zu fassen, ob das **Arbeitsamt** für das **beihelligte Geschäft** oder den **beihelligten Geschäftszweig** seine **Tätigkeit** einstellen soll oder nicht.

Die **praktische Durchführung** dieser **Bestimmungen** mag sowohl in **Basel** wie in **München** den **Arbeitern** **Manches** zu **wünschen** übrig lassen, aber darin, daß **überhaupt** die **Schlichtung** des **Vermittlungsbureaus** bei gewissen **Eventualitäten** **vorgesehen** ist, liegt das **Zugeständnis**, daß das **Fortbestehen** der **Arbeitsvermittlung** bei **Arbeitskonflikten** nicht **durchweg** einer **unparteiischen Haltung** entspricht, sondern sich **direkt** gegen die **streikenden** oder **ausgesperrten Arbeiter** **kehrt**.

So lange **Herr Freund** und seine **Freunde** sich nicht zu dieser **Erkenntnis** **durchgearbeitet** und **daraus** die **praktischen Schlüsse** gezogen haben, dürfen sie sich nicht **wundern**, daß die **Berliner Arbeiter** ihrem **Unternehmen** mit **Mißtrauen** **gegenüberstehen**.

„Vorwärts“.

Ostasiens künftiger Wettbewerb auf dem Weltmarkte.

Durch den **Eieg** des **modern ausgestatteten Japans** über die **abgeschlossenen Chinesen** ist einer **ungeheuren Umwälzung** auf dem **Weltmarkte** die **Bahn** geebnet worden. Der **Osten** des **asiatischen Kontinents** mit seinen **siebenhundert Millionen** **Bewohnern** war **bisher** der **wichtigste Markt**, der der **kapitalistischen Produktion** zur **Verfügung** stand zum **Abfahre** für jene **stets wachsende Masse** von **Arbeits-erzeugnissen**, die der **einheimische Markt** nicht an den **Mann** bringen kann. Durch einen **erstaunlichen Aufschwung** der **ökonomischen Entwicklung** im **Reiche** des **Mikado** und durch die mit dem **Ausgange** des **Krieges** gesicherte **Vorherrschaft** **Japans** über das **„Reich der Mitte“**, wie auch über **Stam** und sonstige **stammverwandte Völkerschafte** des **fernen Ostens**, **verwandeln** sich jene **siebenhundert Millionen** **unmehrer allmählich** in **wirksame Produzenten** und **Verkäufer** der **nämlichen** **Erzeugnisse**, welche sie **andernfalls** den **Ländern** des **Westens** **abkaufen** müßten. Zunächst wird **China** aus seiner **Einstarrung** und **Beistopfung** **herausgerissen** und **dazu** kommt **noch** in **wenigen Jahren** die **Fertigstellung** der **transsibirischen Bahn** **seltens** **Rußlands**. So ist es **jetzt** eine **absehbare Möglichkeit**, ja sogar eine **kaum noch zweifelhafte Wahrscheinlichkeit** geworden, daß in einer **nicht allzu fernem Zukunft** **ungeheuer** **Gebiete** **Asiens** **nicht** **blos** **ihren** **eigenen** **Bedarf** **an** **Industrie-** **und** **Ackerbauwaaren** **selbst** **produzieren**, sondern **gar** **noch** **aufkaufen** werden, als **Exporteure** die **Kalamität** der **Ueberproduktion** auf den **europäischen** und **amerikanischen Märkten** bis zum **Neußersten** zu **steigern**.

Hier ist nun ein **besonderer Umstand** in **Betracht** zu **ziehen**, dessen **Wirkung** den **angedeuteten Entwicklungsverlauf** in **enormer** **Weise** **anspornen** und **beschleunigen** dürfte. Dies gilt von der **Differenz** in den **Münzwertverhältnissen**, die **zwischen** den **halbzivilisierten Ländern** **Asiens** und den **fortgeschrittenen Industrieellen** der **anderen Weltteile** besteht. In **allen** **Ländern** **Asiens**, **überhaupt** **allerwärts**, wo **Silberwährung** **herrscht**, **erfolgt** die **Auszahlung** der **Löhne** **ausnahmslos** in **solchem** **Gelde**, dessen **Wert** oder **Zahlungskraft** sich mit dem **Marktwerte** des **weißen Edelmetalles** **auf** und **abwärts** — **meistens** **abwärts** — **bewegt** und **damit** in **neuerer** **Zeit** auf **einen** **bis** **dahin** **unglaublich niedrigen** **Stand** **gesunken** ist, während die **Exporteure** der **Silberwährungs-** **länder** für ihre **nach** **England**, **Deutsch-**

land und **nach** den **Verelndigten Staaten** — **nach** **Goldwährungsändern** — **gelieferten Waaren** die **Zahlung** in **Welt-** **geld** — **Gold** — **berlangen** und **er-** **langen**.

Waren **bis** vor **Kurzem** die **Millionen** **nicht** im **Stand**, die **höhere Energie** und **Geschicklichkeit** des **Handwerks** und die **größere Produktivität** der **Maschinerte** **Europas** **aufzuwiegen**, so **sind** **seit** ein **paar Jahren**, wie ein **wohlunterrichteter Fachschriftsteller** **darlegt**, durch das **Sinken** des **Silberwertes** im **Verhältnisse** zu dem **des** **Goldes** die **Löhne** in **Japan** und **China** usw. wie in **Juden** **bedeutend** **reduziert** worden, **verglichen** mit den **Löh-** **nen** in **Europa**, die **jetzt** **noch** in **gold-** **wertigem** **Gelde** **gezahlt** werden. **Ober-** **um** die **Sache** in **anderer** **Art** zu **be-** **zeichnen**: in **Europa** **sind** die **Löhne** **prak-** **tisch** **gestiegen** (soweit der **Wettbewerb** mit **Silberwährungsändern** in **Betracht** kommt), während sie in **Asien** **stagnant** **geblieben** **sind**.

Der **Hindu-Arbeiter** erhält **nicht** **mehr** **Mupien**, als **vor** **zwanzig Jahren**, der **Chineser** erhält **nicht** **mehr** **Dollars**, der **Japanese** **nicht** **mehr** **Yens** als **damals**; aber der **europäische Arbeiter** bekommt **noch** **ebensoviele** **Schillinge** oder **Franken** oder **Mark** wie **früher**, und **sogar** **deren** **mehr**.

Daraus **folgt**, daß, während die **von** den **Asiaten** **produzierten Waaren** auf dem **Weltmarkte** **nominal** zu dem **gleichen** **Preise** wie die **Produkte** des **europäischen Arbeiters** **verkauft** werden, die **Herstellungskosten** der **asiatischen Waaren** **thatsächlich** **um** die **Hälfte** **niedriger** **sind**. **Angenommen** z. B., mit dem **auf** **Silber-** **wert** **beruhenden Dollar**, **welcher** **den** **Arbeiter** in **China** **für** **irgend** **eine** **Ar-** **beltleistung**, **nach** **Zeit** oder **Stück**, in **der** **Zeit** **vor** **fünf Jahren** **gezahlt** wurde, **konnte** er **noch** **7 Pf.** **Neto** **kaufen**, während der **Arbeiter** **Amerikas** mit **seinem** **auf** **Goldwert** **begründeten Lohn-Dollar** **damals** **10 Pfund** **von** dem **gleichen** **Nährprodukt** **einkaufen** **vermochte**; **in-** **zwischen** **aber** **ist** der **Wert** **des** **Silbers**, **in** **Folge** **teurer Ueberproduktion**, **um** **so** **viel** **gesunken**, daß der **chinesische Dollar** **nur** **um** **etwa** **4 Pf.** **Neto** **einkauft**, der **amerikanische** **aber** **wie** **früher** **10 Pfund**. **Hierbei** **sind** **alle** **sonstigen Faktoren** der **Preisbildung** **als** **gleichgeblieben** **angenommen**. **Einzig** **aus** der **Senkung** **des** **Silberwertes** **ergibt** **sich** **nach** **dem** **angeführten Beispiele** **diese** **Veränderung**: **vor** **fünf Jahren** **war** der **reale** **Wert** **oder** **die** **Kaufkraft** **des** **Lohnes** **in** **China** **um** **30 Prozent** **niedriger** **als** **in** **den** **Ver-** **eintigten Staaten**, **jetzt** **um** **60 Prozent**. **So** **ist** **allein** **durch** **Geldverschlechterung** **der** **Preis** **der** **menschlichen Arbeitskraft** — **der** **Lohn** — **dort** **noch** **weit** **unter** **den** **damaligen niedrigen** **Stand** **hinabge-** **sunken**, **auch** **dann**, **wenn** **die** **nominalen Lohnsätze** **unverändert** **geblieben**.

Aus **diesem Sachverhalt** **erklärt** **es** **sich**, daß in **Juden**, **China** und **Japan** **so** **stippt** die **Wannwollenspinnerelen** **empor-** **schießen**, die **den** **Fabriken** in **Europa** **mehr** **und** **mehr** **den** **Abfahrmarkt** **weg-** **nehmen** und **durch** **diesen** **nämlichen An-** **trieb** **werden** **dort** **auch** **Betriebsanlagen** **zur** **Produktion** **von** **Eisen** **und** **Kohlen** **in** **Tätigkeit** **gesetzt**.

Europa **wird** **dieser** **asiatischen Konkurrenz** **entweder** **durch** **Verbesserung** **der** **Maschinerte** **und** **somit** **durch** **Verdrängung** **menschlicher Arbeitskraft** **oder** **aber** **durch** **Herabsetzung** **der** **Lohnraten** **zu** **begegnen** **haben**. **Indessen** **der** **Oriental**, **nachdem** **er** **einmal** **das** **Geschäft** **in** **Gang** **gebracht**, **kann** **seine** **Maschinerte** **ebenso** **schnell** **ver-** **bessern** **wie** **der** **Europäer** **die** **seinige**. **Es** **bleibt** **also** **die** **Reduktion** **der** **Löhne** **wom-** **möglich** **auf** **das** **Niveau** **der** **Asiaten** **übrig**. **Dieses** **beliebte** **Konkurrenzmittel** **wird**, **sobald** **der** **neue** **Wettbewerb** **sich** **fühlbar** **macht**, **herhalten** **müssen**. **Eine** **aberna-** **hlige**, **ganz** **unerwartete** **Verdrängung** **für** **die** **Arbeiter** **nacht** **also** **über** **Kura** **oder**

lang **aus** **dem** **Osten** **heran**. **Ein** **Grund** **mehr**, **sich** **gerüstet** **zu** **halten**, **um** **der** **Barbarisierung** **zu** **widerstehen**.

Das **Resultat** **des** **Krieges** **zwischen** **Japan** **und** **China** **wird** **unvermeidlich** **China** **für** **einen** **bedeutend** **freieren Zu-** **gang** **von** **modernen Ideen** **und** **technischen** **Verbesserungen** **ausschließen** **als** **bisher**, **und** **wenn** **zu** **den** **800 Millionen** **Hindus**, **die** **darin** **gewöhnt** **sind**, **mit** **einem** **Lohne** **von** **10 Cents** **oder** **weniger** **anzukommen**, **jetzt** **noch** **100 Millionen** **Chinesen** **sich** **zufügen**, **die** **mit** **ebenso** **niedrigen** **Löh-** **nen** **zufrieden** **sind**, **dann** **ergibt** **sich** **dar-** **aus** **eine** **neue** **Grundfrage** **menschlicher** **Arbeitskraft** **von** **gleicher** **Art** **wie** **in** **den** **fruchtbarsten** **Ländern** **Amerikas** **zur** **Zeit** **ihrer** **Entdeckung** **oder** **der** **Gold-** **felder** **Kaliforniens** **und** **Australiens**. **Europäische** **Stapazitäten** **werden** **sich**, **wenn** **nötig**, **dort** **einstellen**, **um** **jene** **Myriaden** **von** **Händen** **anzuklecken**, **wie** **sie** **sich** **zum** **besten** **Vorteile** **der** **Kapitalisten** **beschäftigen** **sollen**, **und** **so** **mag** **es** **kommen**, **daß** **der** **Untergang**, **welcher** **über** **Assyrien**, **Babylonien**, **Perien**, **Aegypten** **und** **die** **Türkei** **herinebrochen**, **weil** **ihre** **ökono-** **mische** **und** **militärische** **Suprematie** **an** **andere** **Länder** **überging**, **auch** **nach** **Europa** **zu** **Theil** **wird**.

Die Geschichte der Nähmaschine.

In **den** **bedeutenden** **Erfindungen** **der** **letzten** **hundert Jahre**, **welche** **in** **Gewerbe** **und** **Haar** **revolutionierend** **wirkten**, **gehört** **auch** **die** **Nähmaschine**. **Sie** **hat** **in** **der** **Erzeugung** **der** **Wäsche**, **Kleider**, **Schuhe**, **Hüte**, **in** **der** **Sattlerei**, **im** **Tapeziergewerbe**, **in** **der** **Kirchneret**, **Handschuhmacheret** **und** **in** **noch** **vielen** **andern** **Gewerben** **wahrhaft** **unsterblich** **gewirkt**. **Die** **Herstellung** **der** **Wäsche** **war** **früher** **auschließlich** **händliche** **Beschäftigung** **der** **weltlichen** **Familienmit-** **glieder**. **Die** **Nähmaschine** **machte** **die** **Herstellung** **der** **Wäsche** **zu** **einer** **bes-** **onderen Industrie**, **in** **der** **in** **Deutsch-** **land** **im** **Jahre** **1882** **37,926** **Personen**, **worunter** **24,170** **weltliche**, **beschäftigt** **waren**. **Die** **industriell** **angefertigte** **Wäsche** **faud** **immer** **mehr** **bei** **allen** **Be-** **völkerungskreisen** **Eingang** **und** **heute** **dürfte** **es** **nur** **eine** **kleine** **Anzahl** **von** **Familien** **sein**, **die** **ihre** **Wäsche** **noch** **selbst** **anfertigen**. **Durch** **die** **geschäftsmäßige** **Erzeugung** **und** **den** **Kauf** **der** **Wäsche** **wurde** **die** **händliche** **Arbeit** **des** **welt-** **lichen** **Geschlechts** **ganz** **bedeutend** **ver-** **ringert**, **denn** **auch** **die** **eigene** **Garn-** **und** **Leinwandzeugung** **hat** **in** **der** **bäuer-** **lichen** **Familie** **in** **Folge** **der** **Billigkeit** **der** **textilen** **Industrieerzeugnisse** **fast** **voll-** **ständig** **aufgehört**. **Die** **Entstehung** **der** **Kleiderindustrie** — **Konfektion** — **welche** **das** **handwerksmäßige** **Schneidergewerbe** **so** **schwer** **schädigt** **und** **völlig** **ruiniert**, **ist** **nur** **auf** **die** **Nähmaschine** **zurückzuführen**. **Aber** **das** **kleine** **Schneidergewerbe** **selbst** **ist** **nur** **noch** **zum** **Theil** **ein** **Handwerk**, **da** **es** **keine** **Schneiderwerkstätte** **mehr** **gibt**, **in** **welcher** **nicht** **eine** **Nähmaschine** **steht** **und** **fleißig** **benutzt** **wird**. **In** **selbst** **in** **den** **meisten** **Familien**, **auch** **Arbeiter-** **familien**, **ist** **heute** **die** **Nähmaschine** **zu** **finden**, **welche** **zur** **Herstellung** **der** **Wäsche** **und** **Frauen-** **sowie** **Kinderkleider**, **soweit** **sie** **nicht** **gekauft** **werden**, **benutzt** **wird**. **Die** **wahrhaft** **revolutionäre** **Umgestaltung** **der** **Schuhmacheret** **ist** **gleichfalls** **durch** **die** **Nähmaschine** **bewirkt** **worden**. **Sie** **trennte** **zuerst** **die** **Schuhmacheret** **in** **zwei** **Gewerbe**, **in** **die** **Schäfterzeugung** **und** **die** **Wohdenherstellung**. **Für** **die** **Folge** **wurde** **sie** **zum** **Ausgangspunkt** **einer** **ganzen** **Reihe** **anders** **gearteter** **Näh-** **maschinen**, **wie** **die** **zum** **Durchnähen**, **zum** **Nähnen-Einstechen**, **zum** **Doppeln**, **zum** **Umwenden** **usw.**, **an** **die** **sich** **dann** **noch** **zahlreiche** **weitere**, **stimmreich** **konstru-** **ierte** **Maschinen** **schlossen**. **Heute** **kann** **ein** **Schuh** **in** **einer** **mechanischen** **Schuhfabrik** **hergestellt** **werden**, **ohne** **die** **Mithilfe** **auch** **nur** **eines** **gelernten** **Schuhmachers**.

Je **nach** **der** **mechanischen** **Einrichtung** **können** **pro** **Arbeiter** **und** **pro** **Tag** **in** **einer** **Schuhfabrik** **5, 10, bis** **20** **Paar** **Schuhe** **erzeugt** **werden**, **wie** **die** **Herstel-** **lung** **eines** **Paars** **die** **Tagesleistung** **des** **handwerksmäßigen** **Schuhmachers** **bildet**. **Die** **Schäfterindustrie** **ist** **zu** **einer** **ausgedehnten** **neuen** **Industrie** **geworden**. **Daneben** **gibt** **es**, **wie** **im** **Schneidergewerbe**, **kaum** **einen** **einzig** **Schuhmacher-** **meister** **mehr**, **der** **nicht** **ebenfalls** **eine** **Nähmaschine** **als** **mechanische** **Hilfskraft** **besitzt**. **Trotzdem** **haben** **aber** **gegenüber** **den** **wohlunterstützten** **Großbetriebern** **weder** **im** **Schneider-** **noch** **im** **Schuhmacherge-** **werbe** **die** **Kleinbetriebe** **eine** **Zukunft**. **Neben** **der** **Spinnumaschine** **ist** **die** **Näh-** **maschine** **der** **Beschreiber** **des** **ehemaligen** **Familien-Patriarchats** **mus** **geworden**, **beide** **haben** **zuerst** **und** **in** **umfangreichem** **Maße** **die** **Frau** **aus** **der** **Familie** **gerissen** **und** **in** **die** **Fabrik** **gezogen** **und** **darum** **wären** **sie** **auch** **würdige** **Verfolgungs-** **objekte** **für** **die** **neue** **Umsturzpolitik** **zum** **Schutz** **der** **Familie**, **wenn** **sie** **der** **„Sozial-** **revolution“** **auf** **den** **Grund** **gehen** **wollte**.

Ueber **die** **Geschichte** **der** **Nähmaschine** **ist** **eine** **ganze** **Literatur** **vorhanden**. **Die** **älteste** **Nähmaschine**, **welche** **überdies** **noch** **mit** **einem** **von** **einer** **Spule** **kommenen**, **sogenannten** **erdlosen** **Faden** **arbeitete**, **dürfte** **die** **von** **Thomas** **Saint** **in** **Green-** **hills** **Neus,** **Wiltshire**, **sein**. **Thomas** **Saint** **nahm** **1790** **ein** **englisches** **Patent** **auf** **die** **„Herstellung** **von** **Stiefeln,** **Ga-** **maschinen, Ueberschuh** **usw.“** **In** **dem** **angeführten** **Patente** **ist** **eine** **Spin-** **maschine, eine** **Nähmaschine** **und** **eine** **Maschine** **zum** **Flechten** **angegeben**. **Diese** **Saint'sche** **Nähmaschine** **sollte** **hauptsächlich** **zum** **Sohlennähen** **dienen** **und** **hat** **wahr-** **scheinlich** **beruht** **mit** **dem** **Netten-** **oder** **Lambourntisch** **gearbeitet**.

Im **Jahre** **1804** **haben** **die** **beiden** **Engländer** **Thomas** **Stone** **und** **James** **Henderson** **in** **Frankreich** **das** **erste** **Patent** **auf** **eine** **Nähmaschine** **genommen**. **Dies-** **selbe** **war** **auf** **die** **gewöhnliche** **Nähna-** **bel** **aufgebaut** **und** **konnte** **mit** **ih** **nur** **die** **sogenannte** **überwindliche** **Naht** **ausge-** **führt** **werden**.

Der **erste**, **welcher** **auf** **den** **Gedanken** **kam**, **zwei** **Fadensysteme** **zur** **Bildung** **einer** **Naht** **zu** **verwenden**, **war** **der** **Tyroler** **Joseph** **Madersperger**, **Schneidermeister** **in** **Wien**. **Er** **hatte** **an** **der** **Ausführung** **seiner** **Idee** **von** **1807** **bis** **1839** **gearbeitet**, **ohne** **zu** **einem** **guten** **Ende** **gelangt** **zu** **sein**. **Madersperger** **hatte** **zuerst** **die** **Abficht**, **die** **gewöhnliche** **Handnaht** **nachzubilden** **und** **benutzte** **er** **hierzu** **eine** **doppelspurige** **Nabel**, **die** **das** **Dreh** **in** **der** **Mitte** **hatte**. **Die** **Nabel** **bewegte** **sich** **in** **senkrechter** **Richtung** **auf** **und** **nieder** **und** **stach** **dabei**, **durch** **Zangen** **getrieben**, **wechselweise** **von** **oben** **und** **unten** **durch** **die** **Stoffe**. **Die** **Nabel** **führte** **einen** **etwa** **halben** **Meter** **langen** **Faden**, **welcher** **mit** **der** **Hand** **elugezogen** **wurde**; **wenn** **dieser** **nach** **ungefähr</**

1845 ein zweites und 1848 in Gemeinschaft mit Magrin ein drittes Patent. Es war dies die erste Nähmaschine, welche in größerer Anzahl hergestellt worden ist und zwar anfänglich ganz aus Holz. Diese Nähmaschine beruhte auf der Hackennadel, welche von oben nach unten den Stoff durchschlägt und den sogenannten Kettenstich ausführte. Die Geschwindigkeit der zuletzt von Thomsoner gebauten Maschinen konnte bis zu 800 Stiche in der Minute gesteigert werden. Thomsoner hatte das Erfinders-Geld, er starb 1857 im Armenhaus; zehn Jahre später erhielt seine hinterlassene Wittwe von der französischen Regierung eine Unterstüßung.

Im Jahre 1854 nahm Walter Hunt in New-York ein Patent auf eine Nähmaschine, welche aber nicht bis zur Vollkommenheit geblieben und daher aufgegeben wurde. Hunt hatte ein den Weberstühlen ähnliches Schiffchen angewendet, welches später von Anderen erfolgreich benutzt wurde.

Weiter versuchten sich an der Herstellung einer brauchbaren Nähmaschine die Amerikaner Dye, Greenough u. Dean und der Londoner Kaufmann Postwick. Aber erst im Jahre 1845 wurde von Schneider Elias Howe in New-York eine wirklich brauchbare Nähmaschine konstruiert, die in ihrer Zusammenfügung an Hunt und Madersperger erinnerte. Howe wendete die einspitzige Nadel an, welche das Drehen an ihrer Spitze hat; er ließ sie nur bis etwas über das Dreh hinaus durch die Stoffe gehen und bei ihrem Rückgange eine Fadenschleife bilden, durch welche sogleich ein zweiter Faden gezogen wurde. Zur Einbringung des zweiten Fadens ordnete er das einer kleinen Weberstühle gleiche Schiffchen an. Die auf seiner Maschine hergestellte Naht war die Doppelstappstichnaht.

Howe war wie die meisten seiner Vorgänger und wie die meisten Erfinder überhaupt, ebenfalls ein armer Teufel. Nur mit fremdem Gelde konnte er das eiserne Modell seiner Nähmaschine herstellen, das allen Anforderungen vollkommen genügte. Die Schneider übten aber förmliche Obstruktion und schließlich sah sich Howe aus Noth gezwungen, seine Erfindung an den Engländer Thomas um 250 Pf. Sterl. (= 5000 Mk.) zu verkaufen. Thomas erwarb 1846 auf die Howesche Erfindung das amerikanische Patent, aber trotz desselben bemächtigten sich amerikanische Spekulanthen der Erfindung und hatten dabei mehr Glück als Howe. Namentlich war es Isaac Merrit Singer, welcher an der Howeschen Maschine einige Verbesserungen anbrachte und nun das Ganze als seine eigene Erfindung ausgab. Howe prozessierte gegen Singer und errang die gerichtliche Anerkennung seiner Priorität. In dem Gerichtsurtheil wurde konstatiert, daß nicht der mindeste Zweifel darüber obwalte, daß der Segen, welchen die Einführung der Nähmaschine dem allgemeinen Wohl bringe, Herrn Elias Howe jun. zu danken sei. Nun wurden alle bereits gegründeten Nähmaschinenfabriken an Howe tributpflichtig. Jetzt folgten Prozesse gegen Singer von den Firmen Wheeler u. Wilson und Grover u. Baker, die vorher von Howe gerichtlich besetzt worden waren und die nun für sich die Howesche Erfindung als Monopol ausbeuten wollten. Der umfangreiche und langwierige Prozeß endete im Oktober 1856 mit der Vereinigung aller Theilhaber zu einem Ring der Nähmaschinenfabrikanten. Howe erhielt für jede in den Vereinigten Staaten verkaufte Nähmaschine 5 Dollars und für jede exportirte Maschine 1 Dollar Entschädigung. Außerdem durften nicht mehr als 24 Lizenzen für die gemeinschaftlich oder auch besonders angenommenen Systeme an andere Fabrikanten um den Preis von 25 Dollars für jede Ma-

chine verkauft werden. Nach Erneuerung des Howeschen Patents im Jahre 1861 wurde die Lizenz auf 7 Dollars herabgesetzt und 1867 verzichtete Howe auf Erneuerung des Patents und die Erhebung einer Lizenzgebühr. Als Howe am 8. Oktober 1867 starb, hinterließ er ein Vermögen von mehr als 2 Millionen Dollars; dem armen Erfinder warb doch sein Lohn zu Theil.

Außer Singer haben auch noch Wilson, Grover, Gibb und Wickersham an der Howeschen Nähmaschine Verbesserungen und Neuerungen angebracht; ferner die deutschen Erfinder Hoffmann, Koppmeier, Kleffe, Lind, Zehbesel, Bive u. Willker.

Die Differenz in der Leistung der Nähmaschine gegenüber der menschlichen Hand ist eine ganz bedeutende. Während eine geübte Handnäherin andauernd in der Minute nicht mehr als 50 Stiche machen kann, führt die Nähmaschine bei Fußbetrieb 500—800 mit Schiffchen und 800—1000 Stiche mit Greifer aus. Bei Kraftbetrieb leistet die Schiffchenmaschine bis zu 1700, die Greifermaschine bis zu 2000, die Kettenstichgreifermaschine bis zu 4000 Stichen in der Minute.

Bis zum Jahre 1859 waren in den Ver. Staaten etwa 104,000 Nähmaschinen hergestellt und abgesetzt worden; im Jahre 1875 betrug die amerikanische Nähmaschinenproduktion 523,000 Stück, die Singer Manufakturung Co. hatte bis dahin allein nahezu 250,000 Nähmaschinen fabrizirt. Gegenwärtig werden pro Jahr mehr als 1 1/2 Millionen Nähmaschinen fabrizirt, wovon ca. 600,000 auf die Fabriken in Deutschland entfallen. Im Jahre 1887 wurden aus Deutschland 7,347,300 Kg. Nähmaschinen ausgeführt und nur 2,276,300 Kg. eingeführt, ein Beweis für den großen Aufschwung der deutschen Nähmaschinenfabrikation und für die Verdrängung der amerikanischen Nähmaschine vom deutschen Markt.

Wenn man von der Revolution auf technischem, wirtschaftlichem, sozialem und sanitärem Gebiete in den letzten hundert Jahren redet, darf man neben der Spinnmaschine auch die Nähmaschine in erster Linie nennen.

Schweizerischer Gewerkschafts-Kongreß.

Zu dem am 2. Juni in Luzern im Hotel „Union“ eröffneten außerordentlichen Gewerkschaftskongreß hatten sich 141 Delegirte von 9 Zentralverbänden mit 84 Sektionen und 2 Vertreter des Zentralkomitees des schweizerischen Grünlingsvereins eingefunden. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde beschlossen, bei Behandlung des Massenwesens die Deffinitivität auszuschließen. Bei Behandlung der Statutenrevision wurden folgende Neuerungen beschlossen:

Es soll die Agitation in allen Theilen der Schweiz betrieben und alle Berufsarten zur Organisation aufgerufen werden; jeder Verband sowohl, wie jede Organisation hat die moralische Pflicht, für Ausbildung von Agitatoren besorgt zu sein; an Orten, wo die Arbeiter einzelner Berufe zu wenig zahlreich sind, sich einzeln zu organisiren, sollen sich gemischte Gewerkschaften bilden; solche gemischte Gewerkschaften können die verschiedenen Berufe nach Gruppen formiren. Zählt eine Gruppe mindestens 5 Mann, so hat sie einen Vertrauensmann zu bestimmen, der die seinem Berufe obliegenden Interessen im Vorstande der betreffenden Gewerkschaft zu vertreten hat; die Mitglieder der einzelnen Berufsarten sollen sich den Zentralverbänden unterstellen, wo solche bestehen; der Vorstand der gemischten Gewerkschaft ist verpflichtet, ihre Mitglieder den einzelnen Berufsverbänden anzumelden.

Um 5 1/2 Uhr kam aus Basel die tele-

graphische Mittheilung, daß die Generalversammlung des Typographenbundes den Austritt aus dem Gewerkschaftsbunde beschlossen hat und es auch ablehnte, über den Beschluß eine Urabstimmung herbeizuführen.

Der Präsident Reel bräute über diesen Beschluß sein lebhaftes Bedauern aus und der Kongreß stimmte folgender, von Selber gestellten Resolution zu:

„Der Kongreß bedauert den Austritt des Typographenbundes aus dem Gewerkschaftsbund und hofft, daß die Macht der Entwicklung des Maschinenwesens und die Kraft der Idee der Solidarität aller Arbeiter den Typographenbund bald dem Gewerkschaftsbunde wieder zuführen wird.“

Als weitere Neuerungen zur Aufnahme in's Statut wurden sodann beschlossen:

Zur Regelung des Massenwesens werden Marken ausgegeben, die zugleich für die Monatsbeiträge des einzelnen Mitgliedes der Sektion gelten; es steht dem Bunde das Recht zu, über die Mitgliederzahl der Sektionen und Verbände Kontrolle auszuüben; eine außerordentliche Delegirtenversammlung kann durch das Bundeskomitee oder auf das Begehren von 1/10 der Mitglieder oder 20 Sektionen einberufen werden; 1/4 der Delegirten ist berechtigt, eine Urabstimmung zu verlangen.

Damit wurden die Verhandlungen abgebrochen.

In der Sitzung am 3. Juni wurde beschlossen, zur Besserung der finanziellen Lage des Gewerkschaftsbundes eine einmalige Extrasteuer von 2 Fr. per Mitglied, die in 4 Raten zu zahlen, zu erheben.

Sodann gelangte ein Antrag des Verbandes der Metallarbeiter zur Annahme, wonach der schweizerische Arbeiterbund eingeladen werden soll, zur Speisung der Reservekasse des Gewerkschaftsbundes mitzuhelfen.

Ferner wird einer Resolution zugestimmt, wonach die Verbände eingeladen werden, mit den Organisationen des Auslandes sich über die Auszahlung der bei der Reiseunterstützung sich ergebenden Differenzen zu verständigen.

Weiter wird beschlossen: Bei Streiks mit mehr als 300 Ausständigen ist per Mitglied und Monat eine Extrasteuer von 50 Cts. zu erheben. Der nächste Gewerkschaftskongreß soll über die Anstellung eines ständigen Sekretärs und ferner darüber beschließen, ob die lokalen Sekretariate zu subventioniren seien. Das Bundeskomitee wird durch 12 Mitglieder erweitert, welche außerhalb des Vorortes wohnen und sich hauptsächlich mit der Agitation zu befassen und bei Angriffsstreiks von mehr als 300 Ausständigen sich zu versammeln hat. Genehmigung und Beendigung von Streiks haben zu erfolgen zwischen dem Bundeskomitee und der betreffenden Gewerkschaft der in Frage stehenden Arbeiter, eventuell entscheidet das Bundeskomitee endgiltig; weibliche Mitglieder erhalten nur die Hälfte der Streikunterstützung der männlichen Mitglieder, da sie auch nur die Hälfte der Beiträge zahlen; kommt eine Gewerkschaft in Streit, so sind die Ausständigen nur um ein Drittel Mehrbeitrag zu unterstützen, als die Zahl Derjenigen beträgt, welche seit 6 Monaten an den Gewerkschaftsbund die Mitgliederbeiträge einbezahlt haben; als Delegirte können nur Mitglieder von Gewerkschaften gewählt werden; die Monatsbeiträge der Verbände an den Gewerkschaftsbund werden von 20 auf 25 Cts. erhöht; die Mitglieder des Bundeskomitees sind vom Vorort proportional auf die verschiedenen Berufsgruppen zu vertheilen.

Nun folgten eine Reihe von Resolutionen. Eine vom Bundeskomitee beantragte Resolution wünscht, daß in einer vom schweizerischen Arbeiterbund auszugehenden Eingabe an die Bundesbehörden

um Abstellung der Uebelstände in der Durchführung von Haftpflichtprozessen ersucht werden.

Die Metallarbeiter beantragen eine Resolution, daß die Bundesbehörden in einer Eingabe ersucht werden sollen, die Bedingungen für staatliche Arbeitsvergebungen auch den Arbeitern zur Kenntniß zu bringen wegen Regelung der Arbeitslöhne.

Eine weitere Resolution des Zigarrenarbeiterverbandes wünscht bessere Durchführung verhängter Boykotts seitens der organisirten Arbeiterkraft.

Alle diese Resolutionen wurden angenommen und hierauf der Kongreß um 8 Uhr geschlossen.

Delegirten - Versammlung des schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes.

(1. und 2. Juni in Luzern.)

Genosse Berger, Präsident des Zentralkomitees, eröffnet Sonntag Vormittags nach 10 Uhr den von 81 Delegirten besuchten Kongreß. Nach erfolgter Mandatprüfung, Konstituierung des Bureaus und der Wahl des Genossen Frey, Zürich zum Präsidenten erstattet der Sekretär Spiez Bericht über die Thätigkeit des Zentralkomitees. Er resümiert zunächst den in der „Arbeiterstimme“ und andern Organen publizirten Halb-Jahresbericht und zeichnet dann in Kürze die stattgefundenen Kämpfe, Maßregelungen, sowie Unterdrückungen der Gewerkschaften ab, so z. B. der Streik in Zürich, die Unterdrückung der Organisation in Freiburg zc.

Auf dem Gebiete der praktischen und organisatorischen Arbeit hat man Versuche gemacht, in den größten industriellen Ortschaften die noch unorganisirten Arbeiter gruppenweise, d. h. Schlosser, Dreher, Gießer zc. als Gruppe, zusammenzutun, während sie ihre speziellen Berufsinteressen als Abtheilungen örtlicher Metallarbeiter-Gewerkschaften wahren können. Auch seien auf dem Gebiete der Koalition verschiedener in einer Stadt domicilirter und dem schweiz. Verband angehörender Sektionen erfreuliche Resultate zu verzeichnen.

Eine besondere Arbeit erwünscht dem Vorstand durch den Beschluß des letzten Kongresses hinsichtlich der Abschaffung der Unkfordbarkeit. Das aufgestellte Postulat, welches die Einführung von Minimallöhnen in sich schließt, hat bis jetzt befriedigende Resultate nicht gezeitigt. Der Redner streift dann die bekannte Angelegenheit, es möchten die Metallarbeiter durch einen Fachmann im Arbeiter-Sekretariat vertreten sein, und spricht den Wunsch aus, daß man im kommenden Geschäftsjahr es an Eifer und Fleiß für den Ausbau der Organisation nicht fehlen lassen möge.

Kasser Hohl erstattet den Massenbericht. Hier nur die Totalität. Die Einnahmen im Geschäftsjahr 1894 belaufen sich auf 5758 Fr., die Ausgaben auf 5576 Fr. Darunter befindet sich die Beitragssumme an die Reservekasse im Betrage von 2340 Fr. Das Vermögen beträgt mit Einschluß aller Bestände ca. 737 Fr. Zu Gunsten der Lohnbewegung in Zürich wurden 2000 Fr. aufgebracht, für den Streik der Gießer in Zürich 912 Fr. Den Streikstreik in Nürnberg unterstützte man mit 100 Fr. Zwei Verbandsmitglieder wurden mit 125 Fr. unterstützt. Im Januar 1894 bestanden 41 Sektionen mit 1500 Mitgliedern, im Januar 1895 44 Sektionen mit 1800 Mitgliedern. Ende Mai dieses Jahres bestehen bereits 47 Sektionen mit 1900 Mitgliedern. Hohl entrostet alsdann ein Bild der vielseitigen Thätigkeit des Vorstandes und erwähnt, daß von ihm allein über 500 Korrespondenzen und Paketsendungen aufgegeben worden seien. Die Revisionen

Konstatieren allseitig die gute Geschäftsführung.

In der Debatte wurden die unrichtigen Angaben der Mitgliederbesände gerügt und man beschloß, um diesem Uebel zu steuern, an Stelle der bislang üblichen Beitragsquittung das Markensystem einzuführen.

Der Berichterstatter Vogelbacher beklagt die Theilnahmlosigkeit verschiedener Nationen (vor allem Deutschlands), welche Veranlassung gab, den an dem Institut beteiligten nationalen Verbänden die Frage der Auflösung zu unterbreiten.

Der Berichterstatter votierte im gleichen Sinne. Der Kongreß war jedoch anderer Meinung und bestellte eine Kommission mit dem Auftrag, Mittel und Wege zur Hebung des Instituts ausfindig zu machen.

Die Erörterungen über die Frage der obligatorischen Berufsgenossenschaften führen zu folgendem Beschluß: „Dieselben sind eine erstrebenswerthe Etappe auf dem Wege der Sozialisierung der Produktionsmittel.“

Im Anschluß hieran erfolgte die Beratung der Aktordarstellung. Man einigte sich, zu erklären, daß die Agitation gegen dieselbe nie erlahme und daß mit Hilfe der eben genannten Genossenschaften dieselbe abgeschafft werden könne.

Die Beratung über die Aktordarstellung wird fortgesetzt. Sekretär Spieß wünscht, es möchte endlich dieser Gegenstand von der Traktandenliste verschwinden.

März, als Vertreter des Bundeskomitees, nimmt die Gelegenheit wahr, um zu beweisen, daß der Kampf um Abschaffung der Aktordarstellung vergebene Arbeit sei.

Wolle man dennoch organisatorische Kraft dafür verwenden, so müßte man neben dem Postulat der Einführung des Zeitlohnes für Eindämmung eines Mißbrauches bei Besetzung der unteren Beamtenstellen propagieren.

Eine Regelung der Wanderunterstützung und des Arbeitsnachweises soll nach den gefaßten Beschlüssen in der Weise erfolgen, daß zunächst eine Verständigung herbeigeführt wird, zum Zwecke, die Nachteile, die den schweizerischen Sektionsklassen durch zureisende deutsche Verbandsmitglieder erwachsen, durch Differenzausgleichungen zu beseitigen.

Analog einem seitens des böhmerischen Verbandes angebotenen gleichartigen Vertrage. Auch die Schaffung eines bezüglichen Regulativs wird beschlossen.

Hinsichtlich des Arbeitsnachweises beschließt der Kongreß, darauf hinzuwirken, daß derselbe und damit auch die Einigungsämter, wenn auch vorläufig ohne Gesetzeskraft, unter Mitwirkung der betreffenden Gemeinden den Arbeitgebern und Arbeitern selbst unterstellt werden.

Es folgt ein Antrag der Berner Sektion: Einreichung einer Petition für staatliche Arbeitsvergebung. Es wird der Zentralvorstand angewiesen, umgehend die nötigen Schritte bei den zuständigen Bundesbehörden einzuleiten, damit in Zukunft die von der Eidgenossenschaft zu vergebenden Arbeiten nicht mehr wie bisher nach dem üblichen Konkurrenzanschreibensystem zugetheilt, sondern die Arbeiten durch eine sachmännische Kom-

mission, bestehend aus Arbeitgebern und Arbeitern, sowie Vertretern der Bundesverwaltung, berart berechnet werden, daß die von der Arbeiterklasse benötigten Leistungsmittel gebührend in Betracht fallen, so daß in der Folge die Konkurrenz der diversen Firmen sich nur noch um möglichst solide Arbeit dreht und Preis- und Lohndrückerei beseitigt werden.

Damit schließt der erste Verhandlungstag. Zweiter Verhandlungstag. Zunächst kommt die Stellungnahme zur sozialdemokratischen Partei. Nach einigen sachlich-kritischen Betrachtungen erhält der Zentralvorstand den Auftrag, die Zahl der schweizerischen Mitglieder des Verbandes festzustellen und nach Bedürfnis die Mitgliederzahl-Erhöhung für die Partei vorzunehmen.

Im Weiteren wird eine Resolution akzeptiert, zu Handen des Gewerkschaftskongresses, nach welcher der schweizerische Arbeiterbund zur Zahlung eines Beitrages an die Reservekasse angehalten werden soll.

Hinsichtlich der Fabrikinspektorate wird beschlossen, daß dieselben auf Vorschlag der Interessenten, resp. der organisierten Arbeiter, bestellt werden sollen.

Die Berufsekretariate werden mit warmen Worten verteidigt und es wird der Zentralvorstand beauftragt, mit den übrigen Branchen in Verbindung zu treten, um eine gemeinsame Aktion zur Gründung von Berufsekretariaten mit eidgenössischer Subvention einzuleiten.

Die zur Beratung der Angelegenheit des Internationalen Informationsbureaus bestellte Kommission erstattet Bericht und faßt das Ergebnis ihrer engeren Beratung in einer Resolution zusammen, welche die entscheidende Aufrechterhaltung dieses Instituts fordert und ein Aktionsprogramm vorseht.

Diese Resolution wird einstimmig angenommen. Die nun folgenden Beschlüsse tragen mehr oder minder internen Verbandscharakter und bilden Regeln für Arbeiten des Zentralvorstandes und der Sektionen.

Schluß der Verhandlungen Sonntag Vormittags halb 12 Uhr.

Internationaler sozialistischer Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß. London, 1896.

Das Organisations-Komitee an die Arbeiter aller Länder. Genossen und Arbeits-Kameraden!

Auf dem 1893 in Zürich zusammengetretenen Internationalen sozialistischen Arbeiter-Kongreß wurde die Einladung der Britischen Sektion, den nächsten Internationalen Kongreß in London abzuhalten, einstimmig angenommen.

Der Züricher Kongreß bestimmte, daß das Datum desselben das Jahr 1896 sein solle.

Die 65 Delegirten, welche die Britische Sektion bildeten, wählten in Zürich zehn Mitglieder aus ihrer Mitte, um als Organisationskomitee die vorläufigen Schritte zu treffen und sich der Mitwirkung des parlamentarischen Komitees des Trade Union-Kongresses von Großbritannien und Irland zu versichern.

Diese Mitwirkung ist erlangt worden, und es ist ein aus sechs Mitgliedern des parlamentarischen Komitees und sechs solchen des in Zürich gewählten Komitees bestehendes vereinigttes Komitee (Conjoint Committee) gebildet worden, um die allgemeine Organisation des Kongresses von 1896 zu besorgen.

Dieses vereinigtte Komitee nun richtet an alle sozialistischen Organisationen und Gewerkschaften in allen Ländern seine brüderliche Einladung, im Jahre 1896 Delegirte zum Londoner Kongreß zu entsenden.

Das Datum desselben wird wahrscheinlich in den August fallen.

Auf dem letzten Internationalen Kongreß wurde die folgende Resolution angenommen:

„Alle gewerkschaftlichen Vereine sollen auf dem Kongreß zugelassen werden, ebenso diejenigen sozialistischen Parteien und Organisationen, welche die Nothwendigkeit der Organisation der Arbeiter und der politischen Aktion anerkennen.“

„Unter „politischer Aktion“ ist zu verstehen, daß die Organisationen der Arbeiterklasse nach Möglichkeit die politischen Rechte und den Gesetzgebungsapparat erobern und ausnützen sollen für die Förderung der Interessen des Proletariats und die Erlangung der politischen Macht.“

In Uebereinstimmung mit dieser Resolution richtet sich unsere Einladung an alle Gewerkschaftsvereine und alle sozialistischen Organisationen, welche die Nothwendigkeit der Organisation der Arbeiter und ihrer Theilnahme an der politischen Thätigkeit anerkennen.

Wir ersuchen alle in die vorerwähnten zwei Kategorien entfallenden Arbeiterorganisationen, uns ihre Adressen sofort, und diejenigen Resolutionen und Vorschläge, welche sie der Tagesordnung des Kongresses von 1896 einverleibt zu sehen wünschen, bis spätestens den 1. Januar 1896 zu übersenden.

Alle Mittheilungen sind zu richten an:

William Thorne, Secretary to the Organisation Committee of the International Socialist Workers and Trades Union Congress, 1896, 144, Barking Road, London, E., England.

Wir sind brüderlich die Eulgen! Das Organisations-Komitee.

- Edward Aveling, Sydney Olivier, Henry Broadhurst, Henry Duesch, Edward Cowey, A. Smith, William J. Kelly, W. C. Steadman, J. M. Jax, William Thorne, James Mawdsley, Ben Tillet, William Thorne, Secretary, William J. Kelly, Treasurer, Edward Aveling und A. Smith, Translating Secretaries.

Zu diesem Aufruf macht die Redaktion des „Sozialdemokrat“ folgende Nachbemerkung, der wir uns anschließen:

Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchten wir gleich anschließend bemerken, daß der Ausdruck „gewerkschaftliche Vereine“ (oben bei den Zulassungsbedingungen) nicht wörtlich zu nehmen ist; er ist offenbar durch Mißübersetzung in seinem ursprünglichen Sinne etwas verschoben.

In den Bestimmungen der Brüsseler Konferenz und dann auch in der Züricher Resolution (s. deutsches Protokoll S. 5) heißt es: „Zugelassen werden alle Arbeiter-Gewerkschaften.“

Nur das verträgt sich mit den deutschen Vereinsgesetzen, nach denen nicht Delegirte der Vereine selber, wohl aber Delegirte öffentlicher Gewerkschaftsversammlungen ernannt werden können.

Geschäfts-Ordnung der Pariser Arbeiterbörse.

Hauptquartier: Rue de Bondy 80. Die Pariser Arbeiterbörse hat sich nach ihrer Rekonstruktion die nachstehende Geschäftsordnung gegeben. Da dieselbe wohl auch für die deutsche Arbeiterschaft von Interesse sein wird, so wollen wir sie im Wortlaut wiedergeben.

Berufung der Arbeiterbörse. Art. 1. Die Gewerkschaften, Gewerbegruppen und Arbeiterverbindungen des Seine-Departements, welche vorliegender Geschäftsordnung zustimmen, erklären, einen Verband bilden zu wollen unter dem Namen: Pariser Arbeiterbörse.

Art. 2. Die Arbeiterbörse hat zum Zweck, die rein wirtschaftlichen Fragen zwischen allen Gewerkschaften, Gewerbegruppen und Arbeiterverbindungen des Seine-Departements zu studiren und in nationaler Hinsicht mit den Arbeiterbörse und Arbeiterverbindungen Frankreichs und seiner Kolonien, in internationaler Hinsicht mit den Arbeiterbörse und Arbeiterverbindungen der ganzen Welt Verbindungen anzuknüpfen.

Aufnahmebedingungen. Art. 3. In die Arbeiterbörse werden nur die Gewerkschaften, Gewerbegruppen und Arbeiterverbindungen des Seine-Departements aufgenommen, welche ausschließlich

aus Arbeitnehmern zusammengesetzt und ordnungsmäßig geordnet sind.

Art. 4. Von diesen Gewerbeverbindungen ernannt jede einen Abgeordneten, diese bilden den Allgemeinen Vorstand.

Der Allgemeine Vorstand. Art. 5. Der Allgemeine Vorstand hat die ausgedehntesten Machtbefugnisse zur Leitung der Arbeiterbörse, er entscheidet endgültig über die Aufnahmen, Streichungen, Wiederzulassungen usw. und über alle Fragen, welche ihm vorgelegt werden.

Ausgeschlossen hiervon sind außerordentliche Fälle; diese werden den zuständigen Gewerbeverbindungen zur Untersuchung zurückgeschickt, welche ein- oder zwei Abgeordnete mit vorchriftsmäßigem Mandat ernennen können zu dem Zweck, in der Sitzung des Allgemeinen Vorstandes, zu welcher sie abgeleitet werden, die betreffende Frage zu besprechen und zu erklären.

In solchen Fällen und damit die Abstimmung nach Stimmenmehrheit vermieden werde, wird durch namentlichen Aufruf der zugehörigen Gewerbeverbindungen abgestimmt.

Art. 6. Jedes Mitglied des Allgemeinen Vorstandes, welches bei den Sitzungen drei Mal hintereinander ohne genügende Entschuldigung fehlt, wird der Verbindung, welche es vertritt, angezeigt. Diese ist verpflichtet, es durch ein anderes Mitglied zu ersetzen.

Art. 7. Der Allgemeine Vorstand versammelt sich in der Regel einmal monatlich; in außerordentlichen Fällen wird er von der Vollzugsbehörde oder der Aufsichtsbörse zusammenberufen. Weiteres über diese Behörden folgt unten.

Art. 8. Der Allgemeine Vorstand kann sich zur Untersuchung von wirtschaftlichen und Vereinsfragen in so viele Ausschüsse und Hilfsausschüsse theilen, wie er für nothwendig hält. Diese Ausschüsse und Hilfsausschüsse haben nicht das Recht, Beschlüsse zu fassen.

Art. 9. Zur Vollziehung seiner Beschlüsse erwählt der Allgemeine Vorstand unter sich einen Ausschuss, welcher wenigstens aus 15 Mitgliedern zusammengesetzt ist. Er hat den Namen: Vollzugsbehörde.

Die Vollzugsbehörde. Art. 10. Die Vollzugsbehörde wird zum ersten Male auf achtzehn Monate mit unbeschränkter Stimmenmehrheit erwählt, alle sechs Monate hat ein Drittel der Mitglieder auszutreten.

Beamte der Organisationen dürfen nicht Mitglieder dieser Behörde sein. § 1. Die abgehenden Mitglieder werden ausgelost.

§ 2. Alle seine Mitglieder sind wieder wählbar und können jeder Zeit abberufen werden.

§ 3. Es sind nur diejenigen Vorgesetzten wahlfähig, welche im Besitz eines Mandats, mit dem Stempel der Verbindung, der sie angehören, sind, welches von dem Schriftführer und einem Vorstandsmitgliede unterzeichnet ist.

§ 4. Jedes Mitglied der besagten Behörde, welches dreimal aufeinander bei den Sitzungen fehlt, wird als ausgetreten betrachtet.

§ 5. Jedes gestrichene, abberufene oder ausgetretene Mitglied stellt sofort seine Thätigkeit als solches ein.

§ 6. Es werden keine besonderen Wahlen abgehalten bis drei Malangen vorhanden sind.

§ 7. Jedes durch besondere Wahl erwählte Mitglied übernimmt das Mandat für den Rest der Zeitdauer seines Vorgängers.

Art. 11. Im Falle des Austritts von Mitgliedern der Vollzugsbehörde in größerer Anzahl, oder des Austritts von mehr als der Hälfte seiner Mitglieder, haben dieselben ihre Thätigkeit bis zur Entschreibung des Allgemeinen Vorstandes fortzusetzen, welcher in kürzester Frist von der Aufsichtsbörse einberufen ist.

Art. 12. Es ist die Pflicht der Vollzugsbehörde, in kürzester Frist die von dem Allgemeinen Vorstande getroffenen Entscheidungen auszuführen. Sie entscheidet vorläufig über alle dringenden Fragen, welche zur Geschäftsordnung gehören, oder die allgemeinen Arbeiten der Arbeiterbörse betreffen.

Sie stellt monatlich eine Abrechnung über die Einnahmen und Ausgaben auf, welche sie dem Allgemeinen Vorstande vorlegt, ebenso einen Bericht über den Geschäftsgang der Arbeiterbörse.

Alle Vorschläge und Forderungen, welche von den zugehörigen Verbindungen gemacht werden, sind dem Allgemeinen Vorstande bei seiner ersten Versammlung mitzutheilen oder hinzubringen.

Es hat unter ihrer Leitung und ihrer Verantwortlichkeit den Betrieb und die Personalien der Arbeiterbörse.

Es ist jedem Mitgliede der Vollzugsbehörde ausdrücklich untersagt, sich seines Titels ohne Ermächtigung des Allgemeinen Vorstandes oder der Vollzugsbehörde zu bedienen.

Art. 18. Die Vollzugsbehörde theilt sich in so viele Unterbehörden, als sie zur Untersuchung der ihr vorgelegten Fragen notwendig zu haben glaubt.

Die versammelt sich in der Regel einmal wöchentlich, in außergewöhnlichen Fällen wird sie einberufen.

Seine Beschlüsse ist gültig, der nicht mit wenigstens einer Stimme Mehrheit ihrer Mitglieder gefasst wird.

Art. 14. Die Vollzugsbehörde veranlaßt alle drei Monate eine statistische Aufnahme der Arbeitsverhältnisse, die Einzelheiten hierzu müssen ihr von den zur Arbeiterbörse gehörenden Verbindungen geliefert werden.

Verwaltung.

Art. 15. Um sich der Dienste der Arbeiterbörse zu vergewissern, wird der Allgemeine Vorstand ausschließlich unter den Abgeordneten die nötigen Beamten zu ihrer Verwaltung erwählt: Schriftführer und Kassierer.

Art. 16. Als Beamte können nur diejenigen erwählt werden, welche ein besonderes Mandat haben, worin sie zu diesen Stellen vorgeschlagen sind, welches von dem Schriftführer und einem Mitgliede des Vorstandes der Verbindung, welche sie vertreten, unterzeichnet ist.

Art. 17. Die Arbeiten des Schriftführers amtes bestehen in Führung der Korrespondenz, Protokollführung, Berichterstattung, Mittheilungen verschiedener Art usw. Das Amt ist ein händiges, damit dessen Dienste stets zur Hand sind.

Das Kassieramt umfaßt die Einnahmen, Schätzungen der Syndikate und alle Summen, welche bei der Arbeiterbörse eingeht, die Ausgaben, die Buchführung, das Rechnungsgeschäft etc.

Die Inhaber dieser Ämter erhalten einen Betrag die Stunde, indessen können für einen Tag nicht mehr als acht Stunden angerechnet werden.

Es werden auf ein Jahr erwählt, können jeder Zeit entlassen werden und sind wieder wählbar; ihrer Wahl geht die gewöhnliche Wahl durch die Vollzugsbehörde voraus.

Mitglieder der Vollzugsbehörde und des Allgemeinen Vorstandes können diese Ämter nicht zugleich bekleiden.

Die zugehörigen Verbindungen, deren Abgeordnete zu Beamten ernannt wurden, haben an deren Statt neue Abgeordnete zu erwählen.

Art. 18. Bei dem Erlöschen der Mandate der Beamten können die zugehörigen Gewerbeverbindungen, deren sie angehören, sie von Neuem zu diesen Ämtern vorschlagen.

Art. 19. Die Liste der für alle Ämter vorgeschlagenen muß wenigstens acht Tage vor jeder Wahl festgestellt sein.

Art. 20. Die Liste der Quellen der Arbeiterbörse bestehen in Beiträgen der zugehörigen Verbindungen und in einzelnen Zuwendungen und Sammlungen.

Die Beiträge sind wie folgt festgestellt: Gewerbetreibenden, welche weniger als 50 Mitglieder haben, monatlich Frcs. 2,50, von 50 bis 200 Frcs. 5, von 200-500 Frcs. 8, über 500 Frcs. 10.

Arbeiterverbindungen eines Gewerbes oder von verwandten Gewerben, welche ihren Sitz im Seine-Departement haben und die aus ihrer Mitte hervorgegangenen Gewerbeberäthe besitzen, welche zur Arbeiterbörse gehören, tragen nicht mehr als monatlich Frcs. 5 bei.

Art. 21. Jeder zur Arbeiterbörse gehörige Verband, welcher mit seinen Beiträgen länger als drei Monate im Rückstande bleibt, wird als ausgetreten betrachtet, wenn eine Aufforderung zum Zahlen ohne Antwort bleibt. Indessen wird er nur von den Listen der Arbeiterbörse gestrichen, wenn der Allgemeine Vorstand so entschieden hat.

Im Falle zwingender Umstände und auf Ersuchen des zugehörigen Verbandes wird ihm ein Zeitraum bewilligt, um die schuldigen Beiträge zu ordnen, dieser Zeitraum darf in keinem Falle sechs Monate überschreiten.

Art. 22. Jeder wegen Nichtbezahlung seiner Beiträge an die Arbeiterbörse ausgetretene Verband muß dieselben begleichen, wenn er seine Wiederaufnahme beantragt.

Die Aufsichtsbörse.

Art. 23. Um sich die Beachtung der vorkommenden Geschäftsordnung zu sichern, ernannt der Allgemeine Vorstand unter sich in alphabetischer Ordnung eine Aufsichtsbörse von sieben Mitgliedern, sie werden auf ein Jahr erwählt und zur Hälfte alle sechs Monate erneuert.

Der erste Austritt wird durch das Loos entschieden.

Die Paragraphen 4, 5, 6 und 7, Artikel 10 und 11, welche die Mitglieder der Vollzugsbehörde betreffen, sind hier anzuwenden.

Art. 24. Die Aufsichtsbörse revidirt jeden Monat die Bücher über die Einnahmen und Ausgaben und ihre Uebereinstimmung mit dem Inhalte der Kasse.

Sie muß alle Vierteljahre einen Bericht über den finanziellen Stand dem Allgemeinen Vorstande vorlegen und diesen auf etwaige Fehler aufmerksam machen.

Sie ist ermächtigt nach Gutdünken, sei es von dem Beamten, sei es von der Vollzugsbehörde, die sofortige Verbringung aller zur Verwaltung und Rechnungsführung gehörigen Sachen, welche zur Anfertigung ihrer Arbeiten dienlich sind, zu verlangen, sie kann irgend ein Willkür, welches sie für geeignet hält, mit der Vollziehung ihrer Aufträge betrauen.

Sie versammelt sich Abends und so oft sie es für nötig hält. Sie ernannt ihren Berichterstatter aus ihrer Mitte.

erner ordnet sie zwei ihrer Mitglieder zur Theilnahme an den Sitzungen der Vollzugsbehörde ab.

Art. 25. Bei jedem Zusammentritt der Aufsichtsbörse werden zwei zugehörige Verbindungen nach alphabetischer Ordnung benachrichtigt, um je einen Abgeordneten zu ernennen, welcher beauftragt ist, an der Durchsicht der Bücher und der Kasse der Arbeiterbörse theilzunehmen.

Die vorliegende Geschäftsordnung, welche endgültig in der Sitzung vom 27. Dezember 1891, abgehalten im Harmoniesaal, Rue d'Angoulême 84, angenommen wurde, tritt am 1. Januar 1892 in Kraft.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.

Wie aus einigen Abrechnungen zu ersehen und auch von einigen Verwaltungen dem Vorstand mitgeteilt wird, ist man verschiedentlich der Meinung, daß Mitglieder anderer inländischer Metallarbeiter-Organisationen, sofern sie denselben 6 Monate angehören, bei einem etwaigen Uebertritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband dieselben Rechte wie die Verbandsmitglieder beanspruchen können.

Die vielfach verbreitete Meinung ist ganz falsch. Zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und den übrigen Deutschen Metallarbeiter-Verbänden spezieller Branchen bestehen keinerlei Vereinbarungen, die eine derartige Auffassung rechtfertigen und mithin sind die Mitglieder dieser Vereinigungen bei ihrem etwaigen Uebertritt als Neueintretende nach § 4, und bei der Erhebung irgend welchen Mitglieds nach § 5 des Statuts zu behandeln, d. h. sie haben Beitrittsgebühren zu zahlen und die statistische Racenzahl zu absolviren, ehe sie Mitgliedsrechte erheben können.

Sobann geben wir bekannt, daß das Protokoll der 2. Generalversammlung in Magdeburg nunmehr in Druck erschienen ist und den Bestellern, soweit sie mit den früher gelieferten Protokollen der 1. Generalversammlung abgerechnet haben, umgehend zugestellt wird. Wir ersuchen ferner diejenigen, die noch auf Protokolle reaktiviren, die Bestellungen umgehend zu bewerkstelligen. Der Preis pro Exemplar beträgt wie seither 20 Pf.

Folgende Mitgliedsbücher sind unglücklich und aufzuhalten:

- 15820 des Formers Wilhelm Hünze, geb. zu Mübeland am 14. November 1859.
73877 des Spenglers Johann Gräß, geb. zu Angsbürg am 2. Februar 1873.
91309 des Schlossers Wilhelm Ottenfe, geb. zu Polen am 5. August 1875.

Von den nachfolgenden Orten ist der Bezug der Arbeiter der benannten Verste fern zu halten: Leipzig-Entrisch (Motoren-Fabrik Grob & Co.), Arbeiter der Fahrradbrände von Nürnberg (Velozipedfabrik (Schönner, Metallwaarenfabrik), Schling-Doos, Formner v Ansbach, München (Kuttermann), Offenbach (Vb. Loos), Feilenhauer von Hamburg-Gilbck (Engelmann & Kraft, Feilenfabrik), Ludwigshafen (Kemper & Siegwart), Messerschmiede von Göttingen (A. Storz), Nadelarbeiter von Hof (A. Hartenstein, Nadelfabrik).

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Poststraße 160, 1, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld ver-einnahmt ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Formner.

Aus Dänemark. Achtung, Formner! In Aarhus (Jütland) sind 60 Formner in den Zustand getreten. Sie haben folgende Forderungen aufgestellt: 1) Einführung einer 10stündigen Arbeitszeit mit 1/2 Stunde Frühstück- und 1 1/2 Stunde Mittagspause; 2) Abschaffung der Akkorarbeit; 3) Alle Ueber- und Sonntagsarbeit soll mit 25 Pro-

zent Aufschlag bezahlt werden. Die Stimmung der Formner ist ausgezeichnet. Nur zwei Mann, welche im Greisenalter (67 und 82 Jahr) stehen, sind in Arbeit geblieben. Hoffentlich gibt sich kein Arbeiter etwa dazu her, den Streikenden in den Rücken zu fallen. Briefe und Anfragen sind zu richten an J. G. Eühr, Aarhus.

Klempner.

Hamburg. D. M. W. Sektion der Klempner. Delegirten-Versammlung am 21. Mai. Nach Eröffnung der Versammlung machte der Vorsitzende den anwesenden Mitgliedern den Zweck und Nutzen der Delegirtenversammlung klar unter Hinweis auf die vor Jahren gemachten guten Erfahrungen. Im Anschluß hieran wurden alle größeren Werkstätten verlesen, wobei sich herausstellte, daß nur sehr wenige Mitglieder als Werkstättendelegirte anwesend waren. Doch sollen diese Versammlungen auf Antrag in Zukunft alle Vierteljahre stattfinden und die Säumigen schriftlich aufgefordert werden, die rückständigen Wahlen in kürzester Zeit vorzunehmen. Ueber die Verbreitung der Flugblätter, die uns vom Hauptvorstand zugehakt werden, kam man zu keinem definitiven Beschlusse. Es wurde den Anwesenden anbegehrt, auf welche Art sie am besten damit agitiren wollten. Zum Schluß wurde noch ein Telegramm von Budapest verlesen, das befaßt ca. 800 Spengler und Installateure sich im Streit befinden. Auf Antrag des Vorsitzenden sollten vorerst 50 Mk der Ortskasse entnommen werden, was jedoch abgelehnt wird, da dies Sache der Mitgliederversammlung ist. Es wurde beschlossen, dies Telegramm dem Hauptvorstand in Stuttgart zu überweisen.

Hamburg. Sektion der Klempner. Mitgliederversammlung am 28. Mai bei Kellner, Höhe Bleichen. Nach Verlesung des Protokolls wurde vom Kassierer eine Nachprüfung der letzten Quartalsabrechnung dahin gemacht, indem es im Protokoll heißen soll: Im letzten Vierteljahr hat die Verwaltung wohl mit einem Defizit von Mk 68,45 abgeschlossen, was aber durch einen Reservefonds gedeckt ist. Hierauf wurde das Protokoll genehmigt und zur Tagesordnung übergegangen. Zum ersten Punkt erhielt Herr Gorenz das Wort zu seinem Vortrag: Unfallversicherung im Baugewerbe. Der Referent hob besonders hervor, wie es komme, daß heute noch immer so viel Unfälle passiren. Er gikrie eine Liste, wonach die Unfälle im Jahre 1890 gegen 8 Jahre früher sich um 1642 vermehrt und daß durch diese gewaltige Zunahme die norddeutsche Bauernsogenossenschaft sich selbst bewogen sah, der Ursache einmal näher auf den Grund zu gehen, um diese erschreckende Zunahme von Unfällen zu beseitigen. Auch führte der Referent einige Beispiele an, wie das Unternehmerrthum es anstellt, den Arbeitern die Schuld an den Unfällen in die Schuhe zu schieben, um dann die Invalidenten zu kürzen oder zu streichen. Von den Schlichtungsverfahren seien nicht weniger als 22 Prozent Berufungen eingelegt worden, daraus ließe sich ersehen, daß das Feststellungsverfahren noch viel zu wünschen übrig lasse. Im Weiteren machte der Redner noch Vorschläge, wie sich die Unfälle auf den Bauten durch thätige, technisch gebildete Kontrollbeamte bis zur Hälfte vermindern ließen. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, für unsere gute Sache jeder Zeit zu agitiren, schloß der Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Da sich weiter Niemand zur Diskussion meldete, wurde zum zweiten Punkt: „Uniere Ortsbeiträge“, übergegangen. Hier bemerkte Schauer, daß laut Beschluß der letzten Generalversammlung unter wöchentlichem Beitrag von 15 auf 20 J erhöht worden sei, dafür kämen aber die bisher erhobenen Extrastuern in Wegfall. Des Weiteren bekommen die Verwaltungen Stellen von den Verbandsbeiträgen vom 1. Juli ab anstatt 88 1/2 Prozent nur noch 25 Prozent zurückgestellt. Um nun nicht über die Höhe unseres früheren Beitrages hinauszu-gehen, wurde vom Vorstand nach reichlicher Ueberlegung ein britischer Beitrag von 10 J monatlich in Vorschlag gebracht, der nach einer kleinen Diskussion und einem Gegenantrag von 5 J wöchentlich angenommen wurde. Der dritte Punkt war Bericht vom Kartell. Unter Vereinsangelegenheiten bemerkte der zweite Vorsitzende, daß die Agitationskommission in nächster Zeit in allen Stadttheilen öffentliche Versammlungen einberufen. Ort und Zeit wird noch näher im „Echo“ bekannt gegeben. Es wurde dann noch aufgefordert, recht fleißig für diese Versammlungen zu agitiren. Ein weiterer Antrag, 100 Protokolle von der letzten Generalversammlung statt 50 zu bestellen, wurde abgelehnt.

Hamburg. Sektion der Klempner. Mitgliederversammlung am 28. Mai bei Kellner, Höhe Bleichen. Nach Verlesung des Protokolls wurde vom Kassierer eine Nachprüfung der letzten Quartalsabrechnung dahin gemacht, indem es im Protokoll heißen soll: Im letzten Vierteljahr hat die Verwaltung wohl mit einem Defizit von Mk 68,45 abgeschlossen, was aber durch einen Reservefonds gedeckt ist. Hierauf wurde das Protokoll genehmigt und zur Tagesordnung übergegangen. Zum ersten Punkt erhielt Herr Gorenz das Wort zu seinem Vortrag: Unfallversicherung im Baugewerbe. Der Referent hob besonders hervor, wie es komme, daß heute noch immer so viel Unfälle passiren. Er gikrie eine Liste, wonach die Unfälle im Jahre 1890 gegen 8 Jahre früher sich um 1642 vermehrt und daß durch diese gewaltige Zunahme die norddeutsche Bauernsogenossenschaft sich selbst bewogen sah, der Ursache einmal näher auf den Grund zu gehen, um diese erschreckende Zunahme von Unfällen zu beseitigen. Auch führte der Referent einige Beispiele an, wie das Unternehmerrthum es anstellt, den Arbeitern die Schuld an den Unfällen in die Schuhe zu schieben, um dann die Invalidenten zu kürzen oder zu streichen. Von den Schlichtungsverfahren seien nicht weniger als 22 Prozent Berufungen eingelegt worden, daraus ließe sich ersehen, daß das Feststellungsverfahren noch viel zu wünschen übrig lasse. Im Weiteren machte der Redner noch Vorschläge, wie sich die Unfälle auf den Bauten durch thätige, technisch gebildete Kontrollbeamte bis zur Hälfte vermindern ließen. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, für unsere gute Sache jeder Zeit zu agitiren, schloß der Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Da sich weiter Niemand zur Diskussion meldete, wurde zum zweiten Punkt: „Uniere Ortsbeiträge“, übergegangen. Hier bemerkte Schauer, daß laut Beschluß der letzten Generalversammlung unter wöchentlichem Beitrag von 15 auf 20 J erhöht worden sei, dafür kämen aber die bisher erhobenen Extrastuern in Wegfall. Des Weiteren bekommen die Verwaltungen Stellen von den Verbandsbeiträgen vom 1. Juli ab anstatt 88 1/2 Prozent nur noch 25 Prozent zurückgestellt. Um nun nicht über die Höhe unseres früheren Beitrages hinauszu-gehen, wurde vom Vorstand nach reichlicher Ueberlegung ein britischer Beitrag von 10 J monatlich in Vorschlag gebracht, der nach einer kleinen Diskussion und einem Gegenantrag von 5 J wöchentlich angenommen wurde. Der dritte Punkt war Bericht vom Kartell. Unter Vereinsangelegenheiten bemerkte der zweite Vorsitzende, daß die Agitationskommission in nächster Zeit in allen Stadttheilen öffentliche Versammlungen einberufen. Ort und Zeit wird noch näher im „Echo“ bekannt gegeben. Es wurde dann noch aufgefordert, recht fleißig für diese Versammlungen zu agitiren. Ein weiterer Antrag, 100 Protokolle von der letzten Generalversammlung statt 50 zu bestellen, wurde abgelehnt.

Hamburg. Sektion der Klempner. Mitgliederversammlung am 28. Mai bei Kellner, Höhe Bleichen. Nach Verlesung des Protokolls wurde vom Kassierer eine Nachprüfung der letzten Quartalsabrechnung dahin gemacht, indem es im Protokoll heißen soll: Im letzten Vierteljahr hat die Verwaltung wohl mit einem Defizit von Mk 68,45 abgeschlossen, was aber durch einen Reservefonds gedeckt ist. Hierauf wurde das Protokoll genehmigt und zur Tagesordnung übergegangen. Zum ersten Punkt erhielt Herr Gorenz das Wort zu seinem Vortrag: Unfallversicherung im Baugewerbe. Der Referent hob besonders hervor, wie es komme, daß heute noch immer so viel Unfälle passiren. Er gikrie eine Liste, wonach die Unfälle im Jahre 1890 gegen 8 Jahre früher sich um 1642 vermehrt und daß durch diese gewaltige Zunahme die norddeutsche Bauernsogenossenschaft sich selbst bewogen sah, der Ursache einmal näher auf den Grund zu gehen, um diese erschreckende Zunahme von Unfällen zu beseitigen. Auch führte der Referent einige Beispiele an, wie das Unternehmerrthum es anstellt, den Arbeitern die Schuld an den Unfällen in die Schuhe zu schieben, um dann die Invalidenten zu kürzen oder zu streichen. Von den Schlichtungsverfahren seien nicht weniger als 22 Prozent Berufungen eingelegt worden, daraus ließe sich ersehen, daß das Feststellungsverfahren noch viel zu wünschen übrig lasse. Im Weiteren machte der Redner noch Vorschläge, wie sich die Unfälle auf den Bauten durch thätige, technisch gebildete Kontrollbeamte bis zur Hälfte vermindern ließen. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, für unsere gute Sache jeder Zeit zu agitiren, schloß der Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Da sich weiter Niemand zur Diskussion meldete, wurde zum zweiten Punkt: „Uniere Ortsbeiträge“, übergegangen. Hier bemerkte Schauer, daß laut Beschluß der letzten Generalversammlung unter wöchentlichem Beitrag von 15 auf 20 J erhöht worden sei, dafür kämen aber die bisher erhobenen Extrastuern in Wegfall. Des Weiteren bekommen die Verwaltungen Stellen von den Verbandsbeiträgen vom 1. Juli ab anstatt 88 1/2 Prozent nur noch 25 Prozent zurückgestellt. Um nun nicht über die Höhe unseres früheren Beitrages hinauszu-gehen, wurde vom Vorstand nach reichlicher Ueberlegung ein britischer Beitrag von 10 J monatlich in Vorschlag gebracht, der nach einer kleinen Diskussion und einem Gegenantrag von 5 J wöchentlich angenommen wurde. Der dritte Punkt war Bericht vom Kartell. Unter Vereinsangelegenheiten bemerkte der zweite Vorsitzende, daß die Agitationskommission in nächster Zeit in allen Stadttheilen öffentliche Versammlungen einberufen. Ort und Zeit wird noch näher im „Echo“ bekannt gegeben. Es wurde dann noch aufgefordert, recht fleißig für diese Versammlungen zu agitiren. Ein weiterer Antrag, 100 Protokolle von der letzten Generalversammlung statt 50 zu bestellen, wurde abgelehnt.

Hamburg. Sektion der Klempner. Mitgliederversammlung am 28. Mai bei Kellner, Höhe Bleichen. Nach Verlesung des Protokolls wurde vom Kassierer eine Nachprüfung der letzten Quartalsabrechnung dahin gemacht, indem es im Protokoll heißen soll: Im letzten Vierteljahr hat die Verwaltung wohl mit einem Defizit von Mk 68,45 abgeschlossen, was aber durch einen Reservefonds gedeckt ist. Hierauf wurde das Protokoll genehmigt und zur Tagesordnung übergegangen. Zum ersten Punkt erhielt Herr Gorenz das Wort zu seinem Vortrag: Unfallversicherung im Baugewerbe. Der Referent hob besonders hervor, wie es komme, daß heute noch immer so viel Unfälle passiren. Er gikrie eine Liste, wonach die Unfälle im Jahre 1890 gegen 8 Jahre früher sich um 1642 vermehrt und daß durch diese gewaltige Zunahme die norddeutsche Bauernsogenossenschaft sich selbst bewogen sah, der Ursache einmal näher auf den Grund zu gehen, um diese erschreckende Zunahme von Unfällen zu beseitigen. Auch führte der Referent einige Beispiele an, wie das Unternehmerrthum es anstellt, den Arbeitern die Schuld an den Unfällen in die Schuhe zu schieben, um dann die Invalidenten zu kürzen oder zu streichen. Von den Schlichtungsverfahren seien nicht weniger als 22 Prozent Berufungen eingelegt worden, daraus ließe sich ersehen, daß das Feststellungsverfahren noch viel zu wünschen übrig lasse. Im Weiteren machte der Redner noch Vorschläge, wie sich die Unfälle auf den Bauten durch thätige, technisch gebildete Kontrollbeamte bis zur Hälfte vermindern ließen. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, für unsere gute Sache jeder Zeit zu agitiren, schloß der Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Da sich weiter Niemand zur Diskussion meldete, wurde zum zweiten Punkt: „Uniere Ortsbeiträge“, übergegangen. Hier bemerkte Schauer, daß laut Beschluß der letzten Generalversammlung unter wöchentlichem Beitrag von 15 auf 20 J erhöht worden sei, dafür kämen aber die bisher erhobenen Extrastuern in Wegfall. Des Weiteren bekommen die Verwaltungen Stellen von den Verbandsbeiträgen vom 1. Juli ab anstatt 88 1/2 Prozent nur noch 25 Prozent zurückgestellt. Um nun nicht über die Höhe unseres früheren Beitrages hinauszu-gehen, wurde vom Vorstand nach reichlicher Ueberlegung ein britischer Beitrag von 10 J monatlich in Vorschlag gebracht, der nach einer kleinen Diskussion und einem Gegenantrag von 5 J wöchentlich angenommen wurde. Der dritte Punkt war Bericht vom Kartell. Unter Vereinsangelegenheiten bemerkte der zweite Vorsitzende, daß die Agitationskommission in nächster Zeit in allen Stadttheilen öffentliche Versammlungen einberufen. Ort und Zeit wird noch näher im „Echo“ bekannt gegeben. Es wurde dann noch aufgefordert, recht fleißig für diese Versammlungen zu agitiren. Ein weiterer Antrag, 100 Protokolle von der letzten Generalversammlung statt 50 zu bestellen, wurde abgelehnt.

Hamburg. Sektion der Klempner. Mitgliederversammlung am 28. Mai bei Kellner, Höhe Bleichen. Nach Verlesung des Protokolls wurde vom Kassierer eine Nachprüfung der letzten Quartalsabrechnung dahin gemacht, indem es im Protokoll heißen soll: Im letzten Vierteljahr hat die Verwaltung wohl mit einem Defizit von Mk 68,45 abgeschlossen, was aber durch einen Reservefonds gedeckt ist. Hierauf wurde das Protokoll genehmigt und zur Tagesordnung übergegangen. Zum ersten Punkt erhielt Herr Gorenz das Wort zu seinem Vortrag: Unfallversicherung im Baugewerbe. Der Referent hob besonders hervor, wie es komme, daß heute noch immer so viel Unfälle passiren. Er gikrie eine Liste, wonach die Unfälle im Jahre 1890 gegen 8 Jahre früher sich um 1642 vermehrt und daß durch diese gewaltige Zunahme die norddeutsche Bauernsogenossenschaft sich selbst bewogen sah, der Ursache einmal näher auf den Grund zu gehen, um diese erschreckende Zunahme von Unfällen zu beseitigen. Auch führte der Referent einige Beispiele an, wie das Unternehmerrthum es anstellt, den Arbeitern die Schuld an den Unfällen in die Schuhe zu schieben, um dann die Invalidenten zu kürzen oder zu streichen. Von den Schlichtungsverfahren seien nicht weniger als 22 Prozent Berufungen eingelegt worden, daraus ließe sich ersehen, daß das Feststellungsverfahren noch viel zu wünschen übrig lasse. Im Weiteren machte der Redner noch Vorschläge, wie sich die Unfälle auf den Bauten durch thätige, technisch gebildete Kontrollbeamte bis zur Hälfte vermindern ließen. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, für unsere gute Sache jeder Zeit zu agitiren, schloß der Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Da sich weiter Niemand zur Diskussion meldete, wurde zum zweiten Punkt: „Uniere Ortsbeiträge“, übergegangen. Hier bemerkte Schauer, daß laut Beschluß der letzten Generalversammlung unter wöchentlichem Beitrag von 15 auf 20 J erhöht worden sei, dafür kämen aber die bisher erhobenen Extrastuern in Wegfall. Des Weiteren bekommen die Verwaltungen Stellen von den Verbandsbeiträgen vom 1. Juli ab anstatt 88 1/2 Prozent nur noch 25 Prozent zurückgestellt. Um nun nicht über die Höhe unseres früheren Beitrages hinauszu-gehen, wurde vom Vorstand nach reichlicher Ueberlegung ein britischer Beitrag von 10 J monatlich in Vorschlag gebracht, der nach einer kleinen Diskussion und einem Gegenantrag von 5 J wöchentlich angenommen wurde. Der dritte Punkt war Bericht vom Kartell. Unter Vereinsangelegenheiten bemerkte der zweite Vorsitzende, daß die Agitationskommission in nächster Zeit in allen Stadttheilen öffentliche Versammlungen einberufen. Ort und Zeit wird noch näher im „Echo“ bekannt gegeben. Es wurde dann noch aufgefordert, recht fleißig für diese Versammlungen zu agitiren. Ein weiterer Antrag, 100 Protokolle von der letzten Generalversammlung statt 50 zu bestellen, wurde abgelehnt.

Hamburg. Sektion der Klempner. Mitgliederversammlung am 28. Mai bei Kellner, Höhe Bleichen. Nach Verlesung des Protokolls wurde vom Kassierer eine Nachprüfung der letzten Quartalsabrechnung dahin gemacht, indem es im Protokoll heißen soll: Im letzten Vierteljahr hat die Verwaltung wohl mit einem Defizit von Mk 68,45 abgeschlossen, was aber durch einen Reservefonds gedeckt ist. Hierauf wurde das Protokoll genehmigt und zur Tagesordnung übergegangen. Zum ersten Punkt erhielt Herr Gorenz das Wort zu seinem Vortrag: Unfallversicherung im Baugewerbe. Der Referent hob besonders hervor, wie es komme, daß heute noch immer so viel Unfälle passiren. Er gikrie eine Liste, wonach die Unfälle im Jahre 1890 gegen 8 Jahre früher sich um 1642 vermehrt und daß durch diese gewaltige Zunahme die norddeutsche Bauernsogenossenschaft sich selbst bewogen sah, der Ursache einmal näher auf den Grund zu gehen, um diese erschreckende Zunahme von Unfällen zu beseitigen. Auch führte der Referent einige Beispiele an, wie das Unternehmerrthum es anstellt, den Arbeitern die Schuld an den Unfällen in die Schuhe zu schieben, um dann die Invalidenten zu kürzen oder zu streichen. Von den Schlichtungsverfahren seien nicht weniger als 22 Prozent Berufungen eingelegt worden, daraus ließe sich ersehen, daß das Feststellungsverfahren noch viel zu wünschen übrig lasse. Im Weiteren machte der Redner noch Vorschläge, wie sich die Unfälle auf den Bauten durch thätige, technisch gebildete Kontrollbeamte bis zur Hälfte vermindern ließen. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, für unsere gute Sache jeder Zeit zu agitiren, schloß der Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Da sich weiter Niemand zur Diskussion meldete, wurde zum zweiten Punkt: „Uniere Ortsbeiträge“, übergegangen. Hier bemerkte Schauer, daß laut Beschluß der letzten Generalversammlung unter wöchentlichem Beitrag von 15 auf 20 J erhöht worden sei, dafür kämen aber die bisher erhobenen Extrastuern in Wegfall. Des Weiteren bekommen die Verwaltungen Stellen von den Verbandsbeiträgen vom 1. Juli ab anstatt 88 1/2 Prozent nur noch 25 Prozent zurückgestellt. Um nun nicht über die Höhe unseres früheren Beitrages hinauszu-gehen, wurde vom Vorstand nach reichlicher Ueberlegung ein britischer Beitrag von 10 J monatlich in Vorschlag gebracht, der nach einer kleinen Diskussion und einem Gegenantrag von 5 J wöchentlich angenommen wurde. Der dritte Punkt war Bericht vom Kartell. Unter Vereinsangelegenheiten bemerkte der zweite Vorsitzende, daß die Agitationskommission in nächster Zeit in allen Stadttheilen öffentliche Versammlungen einberufen. Ort und Zeit wird noch näher im „Echo“ bekannt gegeben. Es wurde dann noch aufgefordert, recht fleißig für diese Versammlungen zu agitiren. Ein weiterer Antrag, 100 Protokolle von der letzten Generalversammlung statt 50 zu bestellen, wurde abgelehnt.

Hamburg. Sektion der Klempner. Mitgliederversammlung am 28. Mai bei Kellner, Höhe Bleichen. Nach Verlesung des Protokolls wurde vom Kassierer eine Nachprüfung der letzten Quartalsabrechnung dahin gemacht, indem es im Protokoll heißen soll: Im letzten Vierteljahr hat die Verwaltung wohl mit einem Defizit von Mk 68,45 abgeschlossen, was aber durch einen Reservefonds gedeckt ist. Hierauf wurde das Protokoll genehmigt und zur Tagesordnung übergegangen. Zum ersten Punkt erhielt Herr Gorenz das Wort zu seinem Vortrag: Unfallversicherung im Baugewerbe. Der Referent hob besonders hervor, wie es komme, daß heute noch immer so viel Unfälle passiren. Er gikrie eine Liste, wonach die Unfälle im Jahre 1890 gegen 8 Jahre früher sich um 1642 vermehrt und daß durch diese gewaltige Zunahme die norddeutsche Bauernsogenossenschaft sich selbst bewogen sah, der Ursache einmal näher auf den Grund zu gehen, um diese erschreckende Zunahme von Unfällen zu beseitigen. Auch führte der Referent einige Beispiele an, wie das Unternehmerrthum es anstellt, den Arbeitern die Schuld an den Unfällen in die Schuhe zu schieben, um dann die Invalidenten zu kürzen oder zu streichen. Von den Schlichtungsverfahren seien nicht weniger als 22 Prozent Berufungen eingelegt worden, daraus ließe sich ersehen, daß das Feststellungsverfahren noch viel zu wünschen übrig lasse. Im Weiteren machte der Redner noch Vorschläge, wie sich die Unfälle auf den Bauten durch thätige, technisch gebildete Kontrollbeamte bis zur Hälfte vermindern ließen. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, für unsere gute Sache jeder Zeit zu agitiren, schloß der Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Da sich weiter Niemand zur Diskussion meldete, wurde zum zweiten Punkt: „Uniere Ortsbeiträge“, übergegangen. Hier bemerkte Schauer, daß laut Beschluß der letzten Generalversammlung unter wöchentlichem Beitrag von 15 auf 20 J erhöht worden sei, dafür kämen aber die bisher erhobenen Extrastuern in Wegfall. Des Weiteren bekommen die Verwaltungen Stellen von den Verbandsbeiträgen vom 1. Juli ab anstatt 88 1/2 Prozent nur noch 25 Prozent zurückgestellt. Um nun nicht über die Höhe unseres früheren Beitrages hinauszu-gehen, wurde vom Vorstand nach reichlicher Ueberlegung ein britischer Beitrag von 10 J monatlich in Vorschlag gebracht, der nach einer kleinen Diskussion und einem Gegenantrag von 5 J wöchentlich angenommen wurde. Der dritte Punkt war Bericht vom Kartell. Unter Vereinsangelegenheiten bemerkte der zweite Vorsitzende, daß die Agitationskommission in nächster Zeit in allen Stadttheilen öffentliche Versammlungen einberufen. Ort und Zeit wird noch näher im „Echo“ bekannt gegeben. Es wurde dann noch aufgefordert, recht fleißig für diese Versammlungen zu agitiren. Ein weiterer Antrag, 100 Protokolle von der letzten Generalversammlung statt 50 zu bestellen, wurde abgelehnt.

Hamburg. Sektion der Klempner. Mitgliederversammlung am 28. Mai bei Kellner, Höhe Bleichen. Nach Verlesung des Protokolls wurde vom Kassierer eine Nachprüfung der letzten Quartalsabrechnung dahin gemacht, indem es im Protokoll heißen soll: Im letzten Vierteljahr hat die Verwaltung wohl mit einem Defizit von Mk 68,45 abgeschlossen, was aber durch einen Reservefonds gedeckt ist. Hierauf wurde das Protokoll genehmigt und zur Tagesordnung übergegangen. Zum ersten Punkt erhielt Herr Gorenz das Wort zu seinem Vortrag: Unfallversicherung im Baugewerbe. Der Referent hob besonders hervor, wie es komme, daß heute noch immer so viel Unfälle passiren. Er gikrie eine Liste, wonach die Unfälle im Jahre 1890 gegen 8 Jahre früher sich um 1642 vermehrt und daß durch diese gewaltige Zunahme die norddeutsche Bauernsogenossenschaft sich selbst bewogen sah, der Ursache einmal näher auf den Grund zu gehen, um diese erschreckende Zunahme von Unfällen zu beseitigen. Auch führte der Referent einige Beispiele an, wie das Unternehmerrthum es anstellt, den Arbeitern die Schuld an den Unfällen in die Schuhe zu schieben, um dann die Invalidenten zu kürzen oder zu streichen. Von den Schlichtungsverfahren seien nicht weniger als 22 Prozent Berufungen eingelegt worden, daraus ließe sich ersehen, daß das Feststellungsverfahren noch viel zu wünschen übrig lasse. Im Weiteren machte der Redner noch Vorschläge, wie sich die Unfälle auf den Bauten durch thätige, technisch gebildete Kontrollbeamte bis zur Hälfte vermindern ließen. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, für unsere gute Sache jeder Zeit zu agitiren, schloß der Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Da sich weiter Niemand zur Diskussion meldete, wurde zum zweiten Punkt: „Uniere Ortsbeiträge“, übergegangen. Hier bemerkte Schauer, daß laut Beschluß der letzten Generalversammlung unter wöchentlichem Beitrag von 15 auf 20 J erhöht worden sei, dafür kämen aber die bisher erhobenen Extrastuern in Wegfall. Des Weiteren bekommen die Verwaltungen Stellen von den Verbandsbeiträgen vom 1. Juli ab anstatt 88 1/2 Prozent nur noch 25 Prozent zurückgestellt. Um nun nicht über die Höhe unseres früheren Beitrages hinauszu-gehen, wurde vom Vorstand nach reichlicher Ueberlegung ein britischer Beitrag von 10 J monatlich in Vorschlag gebracht, der nach einer kleinen Diskussion und einem Gegenantrag von 5 J wöchentlich angenommen wurde. Der dritte Punkt war Bericht vom Kartell. Unter Vereinsangelegenheiten bemerkte der zweite Vorsitzende, daß die Agitationskommission in nächster Zeit in allen Stadttheilen öffentliche Versammlungen einberufen. Ort und Zeit wird noch näher im „Echo“ bekannt gegeben. Es wurde dann noch aufgefordert, recht fleißig für diese Versammlungen zu agitiren. Ein weiterer Antrag, 100 Protokolle von der letzten Generalversammlung statt 50 zu bestellen, wurde abgelehnt.

Hamburg. Sektion der Klempner. Mitgliederversammlung am 28. Mai bei Kellner, Höhe Bleichen. Nach Verlesung des Protokolls wurde vom Kassierer eine Nachprüfung der letzten Quartalsabrechnung dahin gemacht, indem es im Protokoll heißen soll: Im letzten Vierteljahr hat die Verwaltung wohl mit einem Defizit von Mk 68,45 abgeschlossen, was aber durch einen Reservefonds gedeckt ist. Hierauf wurde das Protokoll genehmigt und zur Tagesordnung übergegangen. Zum ersten Punkt erhielt Herr Gorenz das Wort zu seinem Vortrag: Unfallversicherung im Baugewerbe. Der Referent hob besonders hervor, wie es komme, daß heute noch immer so viel Unfälle passiren. Er gikrie eine Liste, wonach die Unfälle im Jahre 1890 gegen 8 Jahre früher sich um 1642 vermehrt und daß durch diese gewaltige Zunahme die norddeutsche Bauernsogenossenschaft sich selbst bewogen sah, der Ursache einmal näher auf den Grund zu gehen, um diese erschreckende Zunahme von Unfällen zu beseitigen. Auch führte der Referent einige Beispiele an, wie das Unternehmerrthum es anstellt, den Arbeitern die Schuld an den Unfällen in die Schuhe zu schieben, um dann die Invalidenten zu kürzen oder zu streichen. Von den Schlichtungsverfahren seien nicht weniger als 22 Prozent Berufungen eingelegt worden, daraus ließe sich ersehen, daß das Feststellungsverfahren noch viel zu wünschen übrig lasse. Im Weiteren machte der Redner noch Vorschläge, wie sich die Unfälle auf den Bauten durch thätige, technisch gebildete Kontrollbeamte bis zur Hälfte vermindern ließen. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, für unsere gute Sache jeder Zeit zu agitiren, schloß der Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Da sich weiter Niemand zur Diskussion meldete, wurde zum zweiten Punkt: „Uniere Ortsbeiträge“, übergegangen. Hier bemerkte Schauer, daß laut Beschluß der letzten Generalversammlung unter wöchentlichem Beitrag von 15 auf 20 J erhöht worden sei, dafür kämen aber die bisher erhobenen Extrastuern in Wegfall. Des Weiteren bekommen die Verwaltungen Stellen von den Verbandsbeiträgen vom 1. Juli ab anstatt 88 1/2 Prozent nur noch 25 Prozent zurückgestellt. Um nun nicht über die Höhe unseres früheren Beitrages hinauszu-gehen, wurde vom Vorstand nach reichlicher Ueberlegung ein britischer Beitrag von 10 J monatlich in Vorschlag gebracht, der nach einer kleinen Diskussion und einem Gegenantrag von 5 J wöchentlich angenommen wurde. Der dritte Punkt war Bericht vom Kartell. Unter Vereinsangelegenheiten bemerkte der zweite Vorsitzende, daß die Agitationskommission in nächster Zeit in allen Stadttheilen öffentliche Versammlungen einberufen. Ort und Zeit wird noch näher im „Echo“ bekannt gegeben. Es wurde dann noch aufgefordert, recht fleißig für diese Versammlungen zu agitiren. Ein weiterer Antrag, 100 Protokolle von der letzten Generalversammlung statt 50 zu bestellen, wurde abgelehnt.

Hamburg. Sektion der Klempner. Mitgliederversammlung am 28. Mai bei Kellner, Höhe Bleichen. Nach Verlesung des Protokolls wurde vom Kassierer eine Nachprüfung der letzten Quartalsabrechnung dahin gemacht, indem es im Protokoll heißen soll: Im letzten Vierteljahr hat die Verwaltung wohl mit einem Defizit von Mk 68,45 abgeschlossen, was aber durch einen Reservefonds gedeckt ist. Hierauf wurde das Protokoll genehmigt und zur Tagesordnung übergegangen. Zum ersten Punkt erhielt Herr Gorenz das Wort zu seinem Vortrag: Unfallversicherung im Baugewerbe. Der Referent hob besonders hervor, wie es komme, daß heute noch immer so viel Unfälle passiren. Er gikrie eine Liste, wonach die Unfälle im Jahre 1890 gegen 8 Jahre früher sich um 1642 vermehrt und daß durch diese gewaltige Zunahme die norddeutsche Bauernsogenossenschaft sich selbst bewogen sah, der Ursache einmal näher auf den Grund zu gehen, um diese erschreckende Zunahme von Unfällen zu beseitigen. Auch führte der Referent einige Beispiele an, wie das Unternehmerrthum es anstellt, den Arbeitern die Schuld an den Unfällen in die Schuhe zu schieben, um dann die Invalidenten zu kürzen oder zu streichen. Von den Schlichtungsverfahren seien nicht weniger als 22 Prozent Berufungen eingelegt worden, daraus ließe sich ersehen, daß das Feststellungsverfahren noch viel zu wünschen übrig lasse. Im Weiteren machte der Redner noch Vorschläge, wie sich die Unfälle auf den Bauten durch thätige, technisch gebildete Kontrollbeamte bis zur Hälfte vermindern ließen. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, für unsere gute Sache jeder Zeit zu agitiren, schloß der Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Da sich weiter Niemand zur Diskussion meldete, wurde zum zweiten Punkt: „Uniere Ortsbeiträge“, übergegangen. Hier bemerkte Schauer, daß laut Beschluß der letzten Generalversammlung unter wöchentlichem Beitrag von 15 auf 20 J erhöht worden sei, dafür kämen aber die bisher erhobenen Extrastuern in Wegfall. Des Weiteren bekommen die Verwaltungen Stellen von den Verbandsbeiträgen vom 1. Juli ab anstatt 88 1/2 Prozent nur noch 25 Prozent zurückgestellt. Um nun nicht über die Höhe unseres früheren Beitrages hinauszu-gehen, wurde vom Vorstand nach reichlicher Ueberlegung ein britischer Beitrag von 10 J monatlich in Vorschlag gebracht, der nach einer kleinen Diskussion und einem Gegenantrag von 5 J wöchentlich angenommen wurde. Der dritte Punkt war Bericht vom Kartell. Unter Vereinsangelegenheiten bemerkte der zweite Vorsitzende, daß die Agitationskommission in nächster Zeit in allen Stadttheilen öffentliche Versammlungen einberufen. Ort und Zeit wird noch näher im „Echo“ bekannt gegeben. Es wurde dann noch aufgefordert, recht fleißig für diese Versammlungen zu agitiren. Ein weiterer Antrag, 100 Protokolle von der letzten Generalversammlung statt 50 zu bestellen, wurde abgelehnt.

Hamburg. Sektion der Klempner. Mitgliederversammlung am 28. Mai bei Kellner, Höhe Bleichen. Nach Verlesung des Protokolls wurde vom Kassierer eine Nachprüfung der letzten Quartalsabrechnung dahin gemacht, indem es im Protokoll heißen soll: Im letzten Vierteljahr hat die Verwaltung wohl mit einem Defizit von Mk 68,45 abgeschlossen, was aber durch einen Reservefonds gedeckt ist. Hierauf wurde das Protokoll genehmigt und zur Tagesordnung übergegangen. Zum ersten Punkt erhielt Herr Gorenz das Wort zu seinem Vortrag: Unfallversicherung im Baugewerbe. Der Referent hob besonders hervor, wie es komme, daß heute noch immer so viel Unfälle passiren. Er gikrie eine Liste, wonach die Unfälle im Jahre 1890 gegen 8 Jahre früher sich um 1642 vermehrt und daß durch diese gewaltige Zunahme die norddeutsche Bauernsogenossenschaft sich selbst bewogen sah, der Ursache einmal näher auf den Grund zu gehen, um diese erschreckende Zunahme von Unfällen zu beseitigen. Auch führte der Referent einige Beispiele an, wie das Unternehmerrthum es anstellt, den Arbeitern die Schuld an den Unfällen in die Schuhe zu schieben, um dann die Invalidenten zu kürzen oder zu streichen. Von den Schlichtungsverfahren seien nicht weniger als 22 Prozent Berufungen eingelegt worden, daraus ließe sich ersehen, daß das Feststellungsverfahren noch viel zu wünschen übrig lasse. Im Weiteren machte der Redner noch Vorschläge, wie sich die Unfälle auf den Bauten durch thätige, technisch gebildete Kontrollbeamte bis zur Hälfte vermindern ließen. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, für unsere gute Sache jeder Zeit zu agitiren, schloß der Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Da sich weiter Niemand zur Diskussion meldete, wurde zum zweiten Punkt: „Uniere Ortsbeiträge“, übergegangen. Hier bemerkte Schauer, daß laut Beschluß der letzten Generalversammlung unter wöchentlichem Beitrag von 15 auf 20 J erhöht worden sei, dafür kämen aber die bisher erhobenen Extrastuern in Wegfall. Des Weiteren bekommen die Verwaltungen Stellen von den Verbandsbeiträgen vom 1. Juli ab anstatt 88 1/2 Prozent nur noch 25 Prozent zurückgestellt. Um nun nicht über die Höhe unseres früheren Beitrages hinauszu-gehen, wurde vom Vorstand nach reichlicher Ueberlegung ein britischer Beitrag von 10 J monatlich in Vorschlag gebracht, der nach einer kleinen Diskussion und einem Gegenantrag von 5 J wöchentlich angenommen wurde. Der dritte Punkt war Bericht vom Kartell. Unter Vereinsangelegenheiten bemerkte der zweite Vorsitzende, daß die Agitationskommission in nächster Zeit in allen Stadttheilen öffentliche Versammlungen einberufen. Ort und Zeit wird noch näher im „Echo“ bekannt gegeben. Es wurde dann noch aufgefordert, recht fleißig für diese Versammlungen zu agitiren. Ein weiterer Antrag, 100 Protokolle von der letzten Generalversammlung statt 50 zu bestellen, wurde abgelehnt.

Hamburg. Sektion der Klempner. Mitgliederversammlung am 28. Mai bei Kellner, Höhe Bleichen. Nach Verlesung des Protokolls wurde vom Kassierer eine Nachprüfung der letzten Quartalsabrechnung dahin gemacht, indem es im Protokoll heißen soll: Im letzten Vierteljahr hat die Verwaltung wohl mit einem Defizit von Mk 68,45 abgeschlossen, was aber durch einen Reservefonds gedeckt ist. Hierauf wurde das Protokoll genehmigt und zur Tagesordnung übergegangen. Zum ersten Punkt erhielt Herr Gorenz das Wort zu seinem Vortrag: Unfallversicherung im Baugewerbe. Der Referent hob besonders hervor, wie es komme, daß heute noch immer so viel Unfälle passiren. Er gikrie eine Liste, wonach die Unfälle im Jahre 1890 gegen 8 Jahre früher sich um 1642 vermehrt und daß durch diese gewaltige Zunahme die norddeutsche Bauernsogenossenschaft sich selbst bewogen sah, der Ursache einmal näher auf den Grund zu gehen, um diese erschreckende Zunahme von Unfällen zu beseitigen. Auch führte der Referent einige Beispiele an, wie das Unternehmerrthum es anstellt, den Arbeitern die Schuld an den Unfällen in die Schuhe zu schieben, um dann die Invalidenten zu kürzen oder zu streichen. Von den Schlichtungsverfahren seien nicht weniger als 22 Prozent Berufungen eingelegt worden, daraus

